

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1927**

40 (17.2.1927)

# Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.15 M mit, 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S. Sonntags 15 S. — Anzeigen: die einsp. Kolonelle 28 S., 2 sp. 40 S., 3 sp. 50 S. — Annoncen: die einsp. Kolonelle 28 S., 2 sp. 40 S., 3 sp. 50 S. — Annoncen: die einsp. Kolonelle 28 S., 2 sp. 40 S., 3 sp. 50 S.

Ausgabe: Mittwochs mittags. Geschäftsstelle: u. Redaktion: Luisenstr. 24. Schriftleitung: Georg Schöpslin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtlich in Karlsruhe.

Schriftleitung: Georg Schöpslin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtlich in Karlsruhe.

## Debut Köhlers im Reichstag

Pessimistische Grundstimmung mit optimistischem Refrain

Berlin, 16. Febr. (Eig. Berich.). Der neue Reichsfinanzminister hat sich am Mittwoch den Reichstag mit seiner 11stündigen Etatsrede vorgestellt. Ihm geht der Ruf aus, ein guter Republikaner und ein sozial denkender Mensch zu sein. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß er seine Berufung durch das Zentrum diesen Eigenschaften verdankt. Das Zentrum als die ausschlaggebende Partei des Reichstags fühlte gegenüber den stark kapitalistischen Neigungen seiner Koalitionsgenossen das Bedürfnis, die Kasse des Reiches selbst zu verwalten und Großgrundbesitzer und Großkapitalisten den unmittelbaren Zugriff zum Kassenschatz zu verwehren.

Der Reichsfinanzminister hat zweifellos eine wenig angenehme Erbschaft übernommen. Sein Vorgänger, Dr. Reinhold, hat sich durch die Steuerentlastungen, die keine Preisentlastungen zur Folge hatten, und auch nicht die erhofften Wirtschaftserleichterungen drachten, populär zu machen versucht. Sein Nachfolger fand infolgedessen geleerte Kassen vor, aber erhebliche steuerliche Anforderungen. Dr. Köhler hat deshalb mit allem Nachdruck den Ernst der Finanzlage des Reiches unterstrichen und versichert, daß er eine solide Finanzpolitik betreiben wolle, die das Reich vor einer Defizitwirtschaft bewahrt. Das sei um so schwieriger, weil er von seinem Vorgänger herrührende Etat ein verschleiertes Defizit enthalte, da in ihm ungezügelter Mittel für Erwerbslose, Liquidationsbedürftige, Kriegsbeschädigte, Kleinrentner, sowie für die Beamtensubvention vorgesehen seien. Auch von der Beschränkung der Ausgaben hat Dr. Köhler gesprochen. Das erste Mal übrigens ist von offizieller Seite die Notwendigkeit der Beschränkung der Ausgaben bei der Reichswehr und Marine anerkannt worden. Wer den stillen, aber unendlich zähen Kampf kennt, den die höheren Militärs gegen jede Einschränkung ihrer gewaltig übersteigerten Geldbedürfnisse führen, der wird das mit Anerkennung versehen müssen. Trotzdem wird man abwarten haben, ob Dr. Köhler in diesem Kampf die Fähigkeit und Festigkeit aufzubringen vermag, die Militärs zu bezwingen.

Aber keineswegs verständlich ist seine Erklärung, daß er keine neuen Besteuerungen vorzuschlagen gedenke und auch keine Besteuerung der bestehenden Steuern plant. Ist das Defizit im Etat so groß, wie er angedeutet hat, dann muß er doch für entsprechende Erhöhung der Einnahmen sorgen. Ob das heutige Steuersystem mit seinen großen Lücken für den wirklich leistungsfähigen Besitz diese Steigerung des Steuerertrags bringt, ist überaus fraglich. Gemäß ist durch bessere Veranlagung der großen direkten Steuern der Ertrag zu steigern. Auch deutet alles darauf hin, daß die Massensteuern, insbesondere die Zölle, erheblich größere Erträge liefern werden, als der Etat je veranschlagt. Trotzdem liegt in den Absichten Köhlers der Verzicht auf die Beseitigung jener Mängel unseres Steuersystems, durch die die große Landwirtschaft fast steuerfrei geworden ist und durch die Spekulationsgewinnsteuer begünstigt werden. Es liegt darin auch der Verzicht auf eine sozialere Verteilung der Steuerlasten, die man gerade von Herrn Dr. Köhler nach seiner früheren Haltung erwartet hatte. Das einzige Zugeständnis von ihm ist die Antinomie der Senkung der Zuckersteuer, die der Reichstag bereits im Vorjahre verlangt hat. Man kann also nicht erwarten, daß der neue Reichsfinanzminister mit harter Hand an die Beseitigung des Steuerunrechts herangeht. Vielleicht hat er persönlich die Absicht dazu mitgebracht, aber die Gegenkräfte, die der Besitzbürgerstand enthält, sind stärker, als der beste persönliche Wille. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei haben den Rechtsabstoß immer als das Mittel betrachtet, die steuerlichen Lasten des Besitzes abzubauen, das Steuerunrecht zu verschärfen und selbst ein sozial gesinnter Finanzminister wird daran etwas Entscheidendes nicht ändern können. Den besten Beweis dafür wird man in der Tatjähre erblicken dürfen, daß Dr. Köhler, wenn auch zaghaft und verhalten, eine Mieterhöhung für den 1. April in Aussicht stellt.

Einen wesentlichen Teil seiner Aufgabe sieht der Minister in der Entlastung der Finanzen. Sie drohen unter der Last der Arbeit zusammenzubrechen. Deshalb sollen die Zahlungsstermine für die Lohnsteuer und für die Umsatzsteuer verlängert und neue Bestimmungen eingeführt werden. Auch soll man die Neubewertung des landwirtschaftlichen und städtischen Grundbesitzes im Jahre 1927 unterlassen. Zweifelloser sind die jetzigen Zustände bei der Steuerverwaltung überaus gefährlich. Die Massensteuern sind unabhängig von der Veranlagung. Sie fließen automatisch. Die Besteuerungen sind dagegen von dem ordnungsgemäßen Funktionieren des Verwaltungsapparates abhängig. Ist der Apparat nicht ordnungsgemäß, so gibt es keine Besteuerungen, während die Massensteuern bleiben. Die Sozialdemokratie unterstützt deshalb alle Maßnahmen, die die Finanzämter zur Erfüllung ihrer Aufgaben befähigen. Sie hält jedoch den Verzicht auf die Neubewertung des Grundbesitzes für eine unbedingte Begünstigung der großen Landwirtschaft und des Hausbesitzes.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu dem neuen Minister ist durch den sozialdemokratischen Redner Dr. Herz in einer das ganze Haus von Anfang bis zu Ende fesselnden Rede dargelegt worden. Sie verlangt die Überwindung der Wirtschaftskrise durch eine den Massenwohlstand fördernde Politik und die Beseitigung des Steuerunrechts. Sie wird daher auf der Wacht sein, wenn der Besitzbürgerblock seine reaktionären Pläne durchzusetzen versucht. An solchen Versuchen wird es keineswegs fehlen. Auch im Jahre 1925 hat das Zentrum behauptet, es werde im alten Kurs steuern und hat nachher doch die reaktionäre Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik der Deutschnationalen mitgemacht, die zur Verschärfung der Wirtschaftskrise beitrug. Will der neue Reichsfinanzminister sich solchen Absichten widersetzen, dann wird er die Hilfe der Sozialdemokratie gegen die eigenen Regierungsparteien in Anspruch nehmen müssen.

Wie der übrige Teil der Rede von der Mehrheit beifällig aufgenommen.

**Sitzungsbericht**  
Berlin, 16. Febr. Am Reichstage begann heute die Beratung des Etats für 1927, die mit einer eingehenden Rede des neuen Reichsfinanzministers eröffnet wurde.

**Reichsfinanzminister Dr. Köhler**  
wies darauf hin, daß die angenommene weitere Besserung unserer Wirtschaftslage in den Einnahmeseiten bereits sehr stark berücksichtigt ist. In der Frage der allgemeinen Erhöhung der Beiträge der Beamten und der Kriegsbeschädigten müßten die wiederholt gemachten Zugaben selbstverständlich nach Maßgabe des finanziell Möglichen in absehbarer Zeit vollzogen werden. Die Finanz- und Steuerpolitik muß nach volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten unter Ablehnung jeglicher Theorien der Finanzverwaltung durchgeführt werden. Neue Steuerentlastungen müßten überhört werden und darüber hinaus Steuerentlastungen, besonders bei den Verbrauchs- und den Realsteuern, vorgenommen werden. Die Beamtenfrage der Reichsfinanzverwaltung bedarf dringend der Entlastung und muß vor unberechtigten Angriffen aus der Defizitlosigkeit geschützt werden.

Der Etat für 1927 ist trotz aller Abstriche immer noch außerordentlich aufwendig. Der aufzubringende Betrag an Steuern, Zöllen und sonstigen Einnahmen beträgt für das Reich 70,8 Milliarden, für die Länder 1,2 Milliarden, für die Gemeinden 2 Milliarden. Ganz besonders Beachtung erfordert die Anteilnahme der Wirtschaft des Reiches. Die Zahlungen für Kriegsanleihen und Reparationslasten betragen alles in allem 3,3 Milliarden. Der Minister geht dann im einzelnen auf die Zahlungen aus dem Dames-Abkommen ein. Er erkenne im gegebenen Augenblick noch keine Möglichkeit, wie wir trotz allen guten Willens diese Beträge aufbringen können. Deutschland werde weiterhin tun, was in seinen Kräften liege, die übernommenen Verpflichtungen loyal zu erfüllen. Es müßten ihm hierzu aber auch die notwendigen Voraussetzungen gegeben werden. Eine schwer eingehende Volkswirtschaft sei unvermeidlich, Milliarden-Lasten für Reparationszwecke aufzubringen.

In seinen weiteren Ausführungen behandelte der Minister eingehend die Personalpolitik und die Sozialfrage der einzelnen Ministerien. Im außerordentlichen Etat des Reichsarbeitsministeriums seien 130 Millionen für Beschaffung von Arbeitsbeschäftigung für Erwerbslose eingesetzt. Auch das besetzte Gebiet sei besonders bedacht. Zur Ablösung der alten Reichsanleihen erklärte der Minister, sie werde, wie er bestimmt hoffe, um die Mitte des Jahres beschließen sein. Die Ablösung der Neubausanleihen werde in der nächsten Zeit beginnen. In der Aufwertungsfrage werde an den Grundbesitz der jetzigen Regelung festzuhalten sein. Den Gedanken der Umwandlung der aus der Anleiheauslösung hervorgehenden sogenannten Auslösungsscheine in eine verzinsliche Anleihe wies der Minister als undurchführbar zurück. Eine Frage von besonderer Schwere, eine Schicksalsfrage, bedeute die Frage des Ausbaus der durch die Grundbesitzer deutschen Eigentums angefallenen Schäden. Die Schmierigkeiten unserer Staatswirtschaft nötigen hier zu schmerzlicher Zurückhaltung. Die Einbeziehung dieser Lasten in die Anleihen des Dames-Abkommens, an die die deutsche Regierung als unter anderem Recht gelangt habe, sei vom Saager Schiedsgericht zurückgewiesen worden. Die Reichsregierung sei jedoch auf jeden Fall gewillt, diese Frage nicht ruhen zu lassen.

Zum Schluß kam der Minister auf die Fragen des Finanzausgleichs zu sprechen. Er betonte, daß eine endgültige Lösung noch nicht möglich sei. Für die vorläufige Regelung könne die Gelddarlehensgarantie auf höchstens 2,8 Milliarden erhöht werden. Nach der Antinomie durchgreifender Maßnahmen der Verwaltung schloß der Minister mit der Überzeugung ab, daß trotz der Schwere der Aufgaben ein Pessimismus kein Grund vorliegt.

Die Rede des Finanzministers rief namentlich in ihrem ersten Teil lebhaften Beifall im ganzen Hause hervor. Die Ankündigung einer Beschränkung unter Abkehr von dem bisherigen System der ehemaligen Reichsminister wurde ebenso

wie der übrige Teil der Rede von der Mehrheit beifällig aufgenommen.

**Abg. Dr. Herz (Soz.)**

betonte, die Hoffnung auf eine wesentliche Erleichterung der Lage für die gesamte deutsche Wirtschaft habe sich nicht erfüllt. Für die Unternehmerrichtigkeit sei das verfloffene Jahr allerdings ein Jahr wesentlicher Besserung geworden. Die Nahrungsmittelpreise seien unter dem Einfluß der Zoll- und Handelspolitik in die Höhe getrieben und in der Landwirtschaft dadurch das Mißverhältnis zwischen Preisen und Kosten beseitigt worden. Noch günstiger sei die Entwicklung in der Industrie gewesen und auch auf dem Kapitalmarkt habe sich die Lage erheblich verbessert. Das günstigste Bild zeige die Börse. Die Nationalisierung sei nach Methoden durchgeführt worden, die den Unternehmern alle Vorteile sicherten, der Gesamtheit aber alle Nachteile und Lasten aufbürdet. Der Reallohn sei gesunken, obwohl die Leistungen der Arbeitskräfte sich wesentlich erhöht hätten. Umso verwerflicher sei der Widerstand der Unternehmer gegen den Abschluß des Abkommens und der Zwang zur Leistung von Ueberstunden. Angesichts der wachsenden Erwerbslosigkeit und der zunehmenden Dauer der Erwerbslosigkeit des Einzelnen könne von einem belebenden Einfluß der Steuerentlastung auf die Volkswirtschaft nicht gesprochen werden. Ohne gleichzeitigen Abbau der Ausgaben sei eine Senkung der Steuern nicht möglich. In erheblicherem Umfange bietet nur der Wehretat Erparungsmöglichkeiten, ohne daß dadurch die Schlagfähigkeit der Wehrrate vermindert zu werden brauche.

Der Redner verweist des Weiteren auf die starke Steigerung der Ausgaben bei der Marine. Dringlich sei eine endgültige Regelung des Aufwertungsproblems. Die Sozialdemokratische Partei werde die Bestrebungen, dem Altbesitz eine verbesserte Aufwertung zuteil werden zu lassen, unterstützen. Die Ankündigung auf Beschränkungsreform sei zu begrüßen. Noch immer ruhe der größte Teil der deutschen Steuerlasten auf den Massen des Volkes. Mit Bezug auf den Finanzausgleich erkannte der Redner die für diese Übergangsregelung maßgebenden Gründe an. Grundgedanke dieser Regelung müsse aber sein, keine materiellen Veränderungen in dem Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Weiter forderte er eine schärfere Anspannung der Hauszinssteuer und lehnte eine Mietssteigerung als im gegenwärtigen Augenblick unverantwortlich ab. Lohnerhöhungen müßten den Arbeitnehmern zugute kommen und dürften nicht durch erhöhte Mieten nichtig gemacht werden. Die Arbeitszeit sei auf acht Stunden zu beschränken.

Zum Schluß betonte der Redner, seine Partei habe kein Vertrauen in schönen Worten. Das Ziel des Bürgerblocks sei Unterordnung, Anechtung und Hungerleiden. Er warte sich dann noch gegen das Zentrum, das sich in eine Verbindung mit denjenigen eingelassen habe, die die Republik zu einer Kampfbühne der Sozialdemokratie auf Schürfte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Oberjochen (D.N.) erinnert an eine der letzten Reden des früheren Reichsfinanzministers Dr. Reinhold, in der ein großzügiger Ueberfluß aus dem Etatsjahr 1926 angekündigt wurde. Dieser überhäufende Optimismus sei jetzt gründlich durch die Tatsachen widerlegt. Dr. Reinhold habe sein Amt übernommen mit 600 Millionen Reserven und er lasse jetzt einen Etat zurück, der überhaupt keine Reserven mehr aufweist. (Hört, hört rechts.) In Reinholds Kritik an seinem Amtsvorgänger v. Schlieben liege ein großes Maß politischer Unantbarkeit. Tatsächlich habe Dr. Reinhold überhaupte, abgesehen vom englischen Kohlenarbeiterstreik, nur gelebt von den finanziellen Reserven, die ihm sein vielfachmächtiger und verkannter Vorgänger hinterlassen hat. (Zust. rechts.) Herr v. Schlieben habe gar nicht die Telearbeitspolitik getrieben, die man ihm vorwirft. Er habe vielmehr die steuerliche Ueberpannung verhindert, die unter dem Finanzminister Dr. Luther herrschte. Mit einer vorsichtigen Politik habe v. Schlieben das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaft gestärkt. Die Früchte dieser Politik habe sein Nachfolger Dr. Reinhold geerntet. Der organische Steuerabbau sei auch von den Deutschnationalen gefordert worden. Aber Dr. Reinhold habe bei seinen Steuerentlastungen die nötige Vorsicht vermissen lassen. Die Besserung der Konjunktur sei nicht ein Erfolg der Reichsministerialpolitik gewesen. Jetzt habe das Reich vor schweren finanziellen Sorgen anstandslos das Annahmehaus der Dames-Lasten und des Fehlens der früheren Reserven. Durch die Erfüllung der Zusage, daß alle Lasten der Erwerbslosenfürsorge vom Reich übernommen werden sollen, würden die Reichsfinanzen in eine katastrophale Lage kommen. Der Etat sehe für diesen weid überhaupte keine Ausgaben vor. (Abg. Schneider (Dem.): Weil der Arbeitsminister sie nicht angefordert hat.) Wenn überhaupte ein Ueberfluß erzielt wird, dann muß in erster Linie an die notleidenden Kleinrentner gedacht werden. Die neue Beamtenbesoldungsordnung darf nicht mehr zu lange hinausgeschoben werden. Die unteren und mittleren Beamten müssen dabei vor allem berücksichtigt werden, aber auch die höheren Beamten dürfen diesmal nicht leer ausgehen. Dr. Reinhold ist zwar für die Erhöhung der Wohnsubvention eingetreten, er hat aber in den Etat nicht einmal Reserven für die Erhöhung des Wohnungsbauzuschusses eingestellt. (Hört, hört rechts.) Die Arbeit der Be-

amten der Finanzverwaltung verdient höchste Anerkennung. Die Pläne des neuen Ministers Dr. Köhler auf Vereinfachung der Steuererbahn sind volle Unterstützung der Deutschnationalen. Man muß schließlich zu vier Steuerzahlungssterminen im Jahre kommen. Ganz falsch ist die Behauptung, daß der landwirtschaftliche Großgrundbesitz bei der Steuerveranlagung abzüglich begünstigt werde. Die Hinauschiebung des endgültigen Finanzausgleiches läßt sich nicht vermeiden, weil das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden in nächster Zeit noch nicht eingeführt werden kann. Die Hinauschiebung ist für uns aber nur erträglich unter der Bedingung, daß schon im Sommer oder Herbst eine Neuregelung der Realsteuern der Länder und Gemeinden und der Haussteuer erfolgt. Die Haussteuer darf im Gegensatz zu dem Programm des preussischen Finanzministers nicht zu einem dauernden Finanzierungsmittel für Länder und Gemeinden werden. Die Senkung der Realsteuern bleibt unwirksam, wenn nicht auch die Realsteuern der Länder und Gemeinden gesenkt werden. Die Gesamtbelastung der Wirtschaft muß so gesenkt werden, daß jede Steuer allein aus dem Ertrag gedeckt werden kann ohne Eingriff in die Substanz. Die Regelung auch der Realsteuern der Länder muß das Reich durch ein Abmengen Gesetz vornehmen. (Vgl. Koch-Weser (Dem.): Sie sind also Unitarier!) Das gilt auch für die Grundbesitzsteuer, die sich zu einer höchst unsozialen und ungerechten Abgabe entwickelt hat. Die Tarife bei der Einkommensteuer müßten auseinanderbehalten werden. Eine grundsätzliche Neuordnung der Aufwertungsabgabe müßte wir ablehnen. Der neue Finanzminister hat die Lage geschildert, wie sie wirklich ist. Wir werden ihn unterstützen, auch bei seinen Bemühungen zur Drosselung der Ausgaben. Die Reichstagsparlamentarier sollten sich dabei dem Beispiel des englischen Parlaments annehmen, in dem die Forderung neuer Ausgaben ohne Deckung verneint ist. (Weißell rechts.)

Gegen 6 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

**Allgemeine Zurückhaltung im Urteil**

Berlin, 17. Febr. (Funkdienst.) Die Eratredes des neuen Reichsfinanzministers steht heute innerhalb der Berliner Presse im Vordergrund des Interesses. In den Zeitungen aller Richtungen wird vor allen Dingen die positive, die grundsätzliche Auffassung des neuen Reichsfinanzministers zu der neuartigen Finanzlage hervorgehoben. Es ist bemerkenswert, daß sowohl die Rechte wie die Sinne des neuen Ministers weder Vorbehalten noch ihm zustimmen. Von allen Seiten wird eine feste Zurückhaltung geübt. Man wartet auf die praktische Tätigkeit des neuen Reichsfinanzministers und danach scheint man sich sowohl im Lager der Regierungsparteien wie innerhalb der nahegelegenen Opposition einstellen zu wollen.

**Der Etat des Reichswehrministeriums**

Berlin, 16. Febr. Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann die Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums 1927. Berichterstatter Wd. Stücken (So.) kritisiert die Art der Anforderungen des Reichswehrministeriums und die Mehrforderungen dieses Etats. Eine Einsparnis bedeute der Berichterstatter, beantragte die Wiederherstellung des Staatssekretärs in den Etat, der die politische Verantwortung für den Etat in Vertretung des Ministers übernehmen müsse. Redner sprach von der Herkunft von Mitteln für gewisse Gasfabriken und berührte auch die württembergischen Brauen. Er fragt weiter, wie die Verbindung der Wehrverbände mit der Reichswehr gelöst werde und wie die Rekrutierungsfrage der Reichswehr gelöst werden sollen.

Redner vertrat dann eine Regelung des Anwerbens für die Offiziersanwärter, die alle Länder und Stämme des Reiches gleichmäßig berücksichtigen. Reichswehrminister Dr. Götter führte aus, daß er während der vielen Jahre seiner Amtszeit keiner Schwierigkeit aus dem Wege gegangen sei. Aber er habe es für zweckmäßig gefunden, die Aufklärung aller Schwierigkeiten nicht der breitesten Öffentlichkeit vorzulegen. Es lag stets die Gefahr vor, daß jedes Wort des Reichswehrministers insbesondere im Ausland entstellte und dann tendenziös verarbeitet wurde. Der Minister sprach sich dann gegen die Schaffung einer besonderen Staatssekretär-Stelle im Reichswehrministerium aus.

Der Minister verwies dann auf die schieferhaltige Rüstung der Nachbarstaaten Deutschlands. Zur Frage der Wehrverbände erklärte der Minister, daß das Reichswehrministerium allen diesen Verbänden fern stehe. Dagegen könne es durchaus verstanden werden, wenn sich in Deutschland Sport- und Turnvereine bilden, um die körperliche Erziehung der Jugend, die früher durch die allgemeine militärische Dienstpflicht geschah, auf einem anderen Gebiete zu erleben. Es sei das Recht jedes deutschen Staatsbürgers, sich in seiner freien Zeit an solchen unpolitischen Sport- und Turnvereinigungen zu beteiligen. Dieses Recht könne auch dem Soldaten nicht genommen werden. Das, was von geheimen Rüstungen der Reichswehr gefaselt werde, sei nichts als ein Phantom. Mit Bestimmtheit könne der Reichswehrminister versichern, daß geheime Rüstungen weder in Deutschland noch in irgend einem anderen Lande der Welt möglich seien. Geheime Rüstungen, die in irgend einem modernen Kampfe irgend einen Wert haben sollen, erforderten einen herartigen umfangreichen Aufwand an Material und Kosten, daß sie unmöglich im Geheimen betrieben werden können. Anders verhalte es sich mit den Maßnahmen der Wehrverwaltung, die im Rahmen der Befugnisse des Vertrages von Versailles liegen. Das Reichswehrministerium habe stets die Pflicht, an die Möglichkeit eines Krieges zu denken, wenn auch der Krieg selbst ganz unwahrscheinlich sei. Die Abhänger unserer Nachbarstaaten seien ja nicht unbekannt. Es handle sich um einen Krieg, der sich vor allem darum, daß sie möglichst rasch und möglichst tief am ersten Tage des Krieges nach Deutschland hineinstößen. Das Deutschland unfähig zu jedem Antrittskrieg sei, werde jedem militärischen Fachmann des In- und Auslandes klar. Die Einstellung von Freiwilligen und Offiziersanwärter habe bis 1924 nicht das Maß dessen erreicht, was wir gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Versailles einstellen konnten, weil es insbesondere während der Inflationszeit in Deutschland kaum Arbeitslose gegeben hat. Nach 1924, als die riesige Arbeitslosigkeit entstand, zeigte sich ein ungeheurer Zubruch zur Reichswehr. Heute ist die Sachlage derart, daß höchstens 3-5 Prozent der sich Anmeldeenden genommen werden können. Wenn wir dem Hauptmann die Möglichkeit der Rekrutierung nehmen, können wir ihn auch für seine Leute nicht mehr verantwortlich machen. Bei der Wehr liegt die Sache ähnlich.

Es ist neuerdings angeordnet worden, daß unter den Parteien des Anwärter auch eine Rekrutierung der Landeswehrpflicht sein muß, daß der Betroffene sich niemals im verfassungswidrigen Sinne betätigt habe. Beim Offiziersersatz hat sich eine analoge Entwicklung gezeigt. Zur Rüstung gewandt erklärte der Minister: Wenn Sie haben wollen, daß auch Arbeiterkinder zum Offiziersberuf kommen, so müssen Sie Wege nehmen, die den Arbeiterkindern den Eintritt in akademische Berufe ermöglichen. Ich will nicht leugnen, daß es auch viele tüchtige Leute und mehr kluge Denker gibt, als die, die das Abiturium absolviert haben. Aber wir haben nun einmal keine andere Auslesemöglichkeit und müssen uns damit bescheiden.

Darauf vertagte sich der Ausschuss auf Donnerstag.

**Marx und sein Freund v. Keudell**  
Eine vernichtende Blamage für Marx

Berlin, 16. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichsfinanzminister aus einer moralischen Niederlage in die andere. Erste Niederlage: Seine Verteidigungsrede für Keudell. Zweite Niederlage: Seine Verteidigungsrede für sich selbst. Im zweiten hob er auf, was er im ersten gesagt hat. — Und dennoch bleibt Keudell sein treuer Freund und Mitarbeiter. Diese Niederlage ist „verdienst“. „Es ist der Ruhm der hohen Tat, daß sie fortgesetzt Böses muß gebären.“ Herr Marx, der Präsidentenwahlkandidat des Volksblocks, hat sich zum Chef des Bürgerblocks machen lassen. Das ist die Wurzel seiner Katastrophe.

Ein Arbeiter — Ernst Graße aus Warnitz in der Neumark — hat ihm jetzt einen Brief geschrieben, der in seiner einfachen Sprache ein vernichtendes politisches und moralisches Werturteil über die politische Schwertung des Reichsfinanzministers ausspricht. Dieser Arbeiter schreibt dem Reichsfinanzminister, daß Herr v. d. Dries-Warnitz, der politische Freund und Amtsvorgänger Keudells als „königlicher Landrat“ ihn entlassen habe, weil er bei der Reichspräsidentenwahl für Marx gestimmt hätte. Der Brief schließt:

„Viele Republikaner, besonders aber auch Arbeiter aus der Mark und Landwirtschaft, müßten damals mit ihren Familien derartige Brutalitäten durch die Parteifreunde des Herrn von Keudell erdulden, weil Sie, Herr Reichsfinanzminister, zum obersten Beamten der Republik ausersehen waren. Sagen Sie nun dafür, Herr Reichsfinanzminister, daß die Parteifreunde des jetzigen Finanzministers, des Herrn v. Keudell, in Zukunft derartige Missetaten gegen Republikaner unterlassen und sich in der deutschen Republik wie anständige Menschen betragen.“

Nur ein Arbeiter! Aber dieser Arbeiter, der für die Republik und für Herrn Marx den Terror der Junker erlitten hat, ist ein besserer Republikaner als Herr Marx. Er hat seine Überzeugung hochgehalten, er hat vertraut auf den Grundtat: Treue um Treue! Treue um Treue, Herr Reichsfinanzminister! Aus diesem einfachen Wort ergibt sich mit aller Klarheit die heutige Stellung des Herrn Marx.

**Herrenleben der Großagrarien**

Wie mit dem Geld der Bauern gewirtschaftet wird  
Berlin, 16. Febr. (Eig. Draht.) Der stolze Ritter von Stauffenberg hat mit der des und wehmüßigen Umdeutung seiner im Meinungsstausch mit dem Staatspräsidenten Besätze losgelassen Schimpfepistel über das Zentrum die Erklärung verbunden, daß es er ablehne, die ihm von den Zentrumsbauern übertragenen Ehrenämter bei wirtschaftlichen Unternehmungen und Organisationen niederzulegen. Er hat diese Erklärung damit begründet, daß sich aus seinen Ämtern nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten für ihn ergeben, denen er sich nicht entziehen werde.

Diese Begründung ist nicht unangehörig, denn dem Rittergutsbesitzer Freiherrn v. Stauffenberg liegen aus seinen „Ehrenämtern“ sehr ansehnliche Einnahmen zu. So ist er a. B. auf Grund des Vertrages des Zentrumsbauern Mitgliebes des Aufsichtsrats der Norddeutschen Hagelversicherungs-Gesellschaft. Als solches erhält er neben einer eleganten freien Wohnung im Gebäude dieser Gesellschaft in Berlin, das er als Reichstagsabgeordneter bewohnt, eine jährliche Entschädigung, die auf 25 000 M. angesetzt wird. Der Pflicht, für die Teilnahme an wenigen Sitzungen jährlich 25 000 M. zu erheben, will sich Herr v. Stauffenberg nicht entziehen. Es frant sich nur, was die württembergische Bauernschaft zu diesem Pflichtbewußtsein sagt. Die gesamte Kleinbauernschaft, die ihre fauer aufgedrachte Hagelversicherungsprämie der Versicherungs-Gesellschaft zuführt, wird es aber auch interessieren, daß neben dem Freiherrn v. Stauffenberg noch 12 Großgrundbesitzer mit dem gleichen Besitze im Aufsichtsrat sitzen, darunter befinden sich 5 Rittergutsbesitzer, ein Majoratsbesitzer, mehrere Defononierate, aber nicht ein einziger schaffender Bauer.

**Wenn der Rechtsblock regiert**

Die deutsche nationale Wirtschaft in Württemberg  
Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Der württembergische Landtag wird, nachdem er sich im Sommer 1926 dazu verhalten hat, im Gegensatz zu den Vorläufern der Verfassung den Etat gleich für zwei Jahre zu genehmigen, von der Regierung Besätze-Wols mit der ihm gebührenden Rücksicht behandelt. Seine Verhandlungen werden auf den denkbar geringsten zeitlichen und sachlichen Umfang beschränkt. In daß er gar nicht in der Lage ist, wenn er es überhaupt wollte, als Sprachrohr des Volkswillens und als ein die finanzielle Verwaltung des Landes ständig überwachendes politisches Kontrollorgan zu fungieren.

Das trat besonders deutlich in den drei Sitzungen zutage, die man dem Landtag in der abgelaufenen Woche abhalten gestattete, um eine für das Rechnungsjahr 1926 gültige neue Verteilung des Steueranfalls zwischen Staat und Gemeinden, die ihm von den deutschen nationalen Finanzminister Dr. Dehlinger vorgeschlagen war, zu genehmigen. Die Vorlage war kennzeichnend für die industrielle und städtische Einstellung der jetzigen Regierung. Die Bemerkung der auf die Gemeinden entfallenden Anteile an den Ueberweisungssummen soll in einer Weise erfolgen, daß den rein ländlichen Gemeinden nicht etwa aus allgemeinen Staatsmitteln, sondern lediglich durch Kürzung des Anteils der größeren Gemeinden und Städte ein Geldschein gemacht wird.

Die rein bäuerlichen Landgemeinden genießen unter der jetzigen Regierung eine ganz unerhörte Bevorzugung vor den übrigen Volksteilen. So haben im Jahre 1925 an Einkommens- und Körperschaftsteuern aufbringen müssen: die Landwirtschaft nur 4 Millionen, die Gewerbetreibenden aber 25 Millionen Mark. Trotzdem wurden die größeren Gemeinden und Städte, in denen Gewerbe und Arbeiterbeschäftigung vorherrschen, durch eine scheinbar ungerechte Schul- und Polizeilastenteilung bis zum Erdrißen belastet; dennoch wurde im Jahre 1926 noch die gesamte Landwirtschaft, unabhängig von ihrer Größe und Leistungsfähigkeit, von der Gebäudeversicherungsfreie befreit; und trotzdem sollen durch die jetzt eingebrachten und dank der kompakten Regierungsmehrheit zur Verabschiedung gelangte neue Landessteuerverordnung die Gemeinden und Städte über 2000 Einwohner im Jahre 1926 von den ihnen zuführenden Steueranteilen noch weitere 5,1 Millionen Mark an die ganz kleinen ländlichen Gemeinden abgeben.

Verebens bemühte sich die sozialdemokratische Fraktion, der Vorlage ihren ausgeprägten rückwärtsdienlichen Charakter zu nehmen; vergebens wurde sie dabei von den Deutschdemokraten unterstützt; vergebens wurde auch der Nachweis geführt, daß die in der Nähe industrieller Anlagen befindlichen Arbeiterwohngebiete, deren eines gemeindliches

Steueraufkommen sehr gering ist, auf den aber dennoch große Ausgaben durch die ihnen reichs- und landesgesetzlich angewiesenen kulturellen und sozialen Aufgaben lasten, am Erliegen sind und vor dem finanziellen Zusammenbruch stehen. Alle Anregungen ihnen zu helfen, wurden flakt abgelehnt. Die „Bundee“ trich mit behäbigem Schmuseln den ihr ausgefallenen neuen Gewinn in die Tasche und das Zentrum leistete die erforderliche Abhilfe.

Als dieses neueste gesetzgeberische Erzeugnis Basille-Dehlingers Staatsfunk in die Scheuern des Bauernbundes eingebracht war, hatte man an einer weiteren Tagung des Landtages kein Interesse mehr und schickte ihn wieder auf unbestimmte Zeit nach Hause.

**Verlängerung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums**

Paris, 16. Febr. (Eig. Draht.) Am Mittwochabend ist zwischen dem Außenminister Briand und dem deutschen Botschafter Dösch ein Abkommen unterzeichnet worden, wodurch das am 21. Februar ablaufende vorläufige deutsch-französische Handelsabkommen um 3 Monate, bis zum 31. Mai verlängert wird. Die darüber zwischen Deutschland und Frankreich schwelenden Verhandlungen sind im Laufe des Mittwoch vormittags zum Abschluß gebracht worden, indem das Abkommen im Namen der deutschen Regierung von Legationsrat Dösch, für Frankreich von dem Direktor des Handelsministeriums Ferruz signiert worden ist. Die Verhandlungen wegen Abschluß eines endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrages sollen am 2. März beginnen. Die französische Regierung hat sich das Recht vorbehalten, das jetzige Abkommen am 21. Februar auf den 31. März zu kündigen, falls ihre Forderung in der Frage des Meißnerausfuhrrechts bei der Einfuhr französischer Weine von Deutschland nicht unterstellt werden sollte. Frankreich hat sich bereit erklärt, dafür gewissen einzelner deutscher Ausfuhrwaren Konventionen zu schließen. Gleichseitig mit dem vorerwähnten Handelsabkommen sind auch die beiden Saarabkommen verlängert worden.

**Vom Notgesetz zur Arbeitszeit**

Berlin, 17. Febr. (Funkdienst.) Das Reichstabinett befaßte sich am Mittwoch mit dem Notgesetz zur Arbeitszeit. Der vom Reichsarbeitsminister ausgearbeitete Gesetzentwurf zur Änderung der Arbeitszeitverordnung wurde angenommen. Dieser Entwurf entspricht jedoch dem von dem Gewerkschaften geforderten Notgesetz nicht. Immerhin zeigen die einschlägigen Bestimmungen der Reichsregierung zunächst auf sozialpolitischem Gebiet bestimmte Maßnahmen zu treffen, daß der Beschäftigten nicht anders erreicht, als insbesondere der Zentrumsbürgerblock nicht Sand in die Augen zu streuen. Das diese Ende kommt schließlich nach.

**Der Terror in Polen**

Warschau, 17. Febr. (Funkdienst.) Das Organ der deutschen Arbeiterpartei Polens, die „Lobder Volkzeitung“, ist gestern wegen Verstoßes eines Artikels des deutschen Seim- abgeordneten Franz unter dem Titel „Was in Polen nicht alles kontroversiert wird“ beschlagnahmt worden. Es ist dies die erste Beschlagnahme dieser sozialdemokratischen Zeitung seit ihrem mehrjährigen Bestehen.

**Von den Wirtschaftstämpfen**

Ausperrung in der schlesischen Textilindustrie  
Breslau, 16. Febr. Der Verband schlesischer Textilindustrieller hat die Ausperrung aus für seine sämtlichen bisher noch nicht betroffenen Betriebsgruppen beschlossen, nachdem die am 10. 2. auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums in Berlin geführten Verhandlungen zu einer Einigung der Parteien nicht geführt haben.

Berlin, 17. Febr. (Funkdienst.) Der am Dienstag für die mitteldeutsche Metallindustrie gefällte Schiedsspruch ist am Mittwoch von dem Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Der Spruch läuft praktisch auf die Schließung der Arbeitswoche hinaus. Die Metallarbeiter sind in ihrer großen Mehrheit gegen den Schiedsspruch.

Die Leipziger Metallindustriellen, die nach außen mit Ausperrungsterror die Harten Männer kämpfen, befinden sich hinter den Kulissen auf dem Betteslange. Sie verschiden an ihre Kunden im Reich folgendes Kundschreiben:

An die Kunden unserer Mitgliedsfirmen richten wir die dringende Bitte, wegen der Ausübung und Lieferung von Aufträgen nicht zu drängen, denn unser Verband befindet sich in einem schweren Arbeitskampf, der ihm von Deutschen Metallarbeiterverband aufgegeben wurde. Die Solidarität der Arbeitgeber fordert also unbedingt, daß von unseren Mitgliedern weitestgehend Rücksicht genommen wird. Bei dem Kampfe, den unser Verband zu führen gezwungen ist, handelt es sich nicht nur um eine zeitliche Anwesenheit, sondern es geht um die Zukunft der deutschen Metallarbeiter. Ein Beispiel für das ganze liberale Reich geben will. Dies ist auch dadurch anerkannt, daß die Vereinigung der Verbände schlesischer Metallindustrieller beschlossen hat, unverzüglich zum Schutze ihrer angegriffenen Verbände die Ausperrung in ihren sämtlichen Betrieben durchzuführen mit etwa 155 000 Arbeitern. In welsch unverantwortlicher Weise der Deutsche Metallarbeiterverband gehandelt hat, geht aus daraus hervor, daß er, nachdem von unserer Seite der Schlichtungsausschuss angerufen worden war, einen Tag vor der Verhandlung mit 6000 Arbeitern ansetzte. Von unserer Seite wird lediglich eine Fortsetzung der bisherigen Regelung der Arbeitszeitfrage angetrebt, nämlich die Möglichkeit, daß Mehrarbeit bis 22 Stunden vertrieht werden kann.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller richtet gleichseitig an seine sämtlichen Mitglieder die dringende Bitte, unseren Verband dadurch zu schützen, daß wegen der Aufträge nicht gedrängt wird. Ferner bittet der Gesamtverband und unser Verband unsere Kunden, daß Aufträge in der allerersten Reihe auch weiter uns überreichen werden, als wenn der Arbeiterkampf nicht bestände. Wir hoffen sogar recht sehr, daß nach Beendigung des Kampfes Sie die Opfer, die die Mitglieder unseres Verbandes für die Gesamtheit bringen, dadurch anerkennen, daß Sie unsere Mitgliedsfirmen bei Auftragserteilung bevorzugen. In der sicheren Erwartung, daß Sie unserer Bitte, Solidarität zu üben, entsprechen, versehen wir Ihnen unseren verbindlichsten Dank aus.

Den starken Herren ist in ihrer Vöhenhaut nicht recht wohl. Sie haben Angst, von der Konturen aufgefressen zu werden. Interessant ist, daß auch das Kundschreiben die nieder als Ziel der Leipziger Metallindustriellen die Festsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 52 Stunden hervorhebt. Damit wird überaus drastisch der Schiedsspruch des Dresdener Schlichters Herrn Brandt gekennzeichnet, der über das Unternehmerverlangen hin aus eine 52stündige Arbeitszeit pro Woche möglich machen will.

### Reichspräsident Ebert und Barmat

Von Emil Felden

(Nachdruck verboten.)

Im Zusammenhang mit dem in diesen Tagen begonnenen Barmat-Prozess dürfte der nachstehende Auszug aus dem bekannten biographischen Werk „Reichspräsident Ebert“ von Emil Felden, „Eines Menschen Weg“ (Frieden-Verlag, Bremen) das besondere Interesse unserer Leser finden. Der Roman erscheint jedoch im 10. bis 15. Teil. Die Schriftleitung.

Eines Tages kam ein Freund zu Ebert und sagte: „Ich wollte dich bitten, einmal Barmat einzuladen.“

„Barmat? — Von dem du mit mir schon einmal gesprochen hast?“

„Jawohl, den früheren holländischen Großkaufmann.“

„Nimm mir mit diesen holländischen und allen anderen Großkaufleuten vom Reihe. Warum in aller Welt soll ich diesen Herrn, den ich nicht kenne, einladen?“

„Ich verstehe dich nicht. Was ist denn dabei? Sein höchster Wunsch ist es, vom Reichspräsidenten empfangen zu werden!“

„Der Reichspräsident hat keinen Anlaß, Herren zu empfangen. Wer weiß, was er damit bezweckt.“

„Wie kannst du übrigens diesem Manne gegenüber so mißtraulich sein! Ist denn irgend ein Grund vorhanden?“

Ebert lächelte bitter. „Ich habe schlimme Erfahrungen gemacht und empfinde persönlich kein Verlangen, ihn kennen zu lernen.“

Etwas verstimmt schied der Freund von Ebert. Barmat aber verfolgte mit Zögern sein Ziel. Es sei nun einmal sein höchster Ehrgeiz, auch mit Ebert bekannt zu werden, nachdem er so viele führende Männer aller Nationen kennen gelernt habe, erklärte er immer wieder Freunden des Reichspräsidenten, deren Umgang er suchte. Sie hielten es für eine Schlinge eines reichen Sonderlings und wandten sich wiederholt mit der Bitte an Ebert, ihn doch einmal zu sich zu laden. Dieser aber lehnte es, je mehr sie sich an ihn wandten, um so hartnäckiger ab. Schließlich gab er, einem vertrauten Freunde zu Gefallen, hinter den sich die andern gesiebt hatten, nach und lud Barmat zu einem kleinen Abendessen ein, zu dem noch drei Freunde beladen waren. Barmats Ehrgeiz schien gestillt und die Sache damit erledigt zu sein.

Sie schien es zu sein, sie war es aber nicht. Barmat nutzte die Bekanntschaft weidlich und achselzuckend aus. Er trübte sich, ohne Eberts Wissen, in seiner Kasse ein. Bald kam und ging er nach Belieben, denn schnell hatte er sich die Besen der Angestellten gemessen: er brachte ihnen allerhand Lebensmittel mit; in jener Zeit höchster Not war ja jeder Sonderling guter Willen überall willkommen. Im Bureau gestattete man ihm auf seine Bitte, „mal schnell“ zu telefonieren. Er tat es dann aber öfters und erledigte von der Kasse des Reichspräsidenten aus allerhand geschäftliche Angelegenheiten, besonders mit Amsterdam. Dies Wohl nahm ein jähes Ende. Eines Tages kam eine Anfrage der Oberpostdirektion an den Reichspräsidenten: ob diese Gespräche des Herrn Barmat als amtliche oder private zu buchen seien?

Ebert war starr. Gespräche Barmats — von seiner Kasse aus? Wie war das möglich! Untersuchung, Strafgericht, Ebert war empört. Er hatte also wiederum recht gehabt mit seinem Mißtrauen. Er bat Barmat zu sich, zugleich seinen vertrauten Freund, auf dessen Veranlassung er damals Barmat eingeladen hatte. In dessen Gegenwart kassierte er ihn böse ab und unterwarf ihm in scharfer Weise jedes fernere Betreten seines Hauses. Und noch mißtrauischer wurde er als vorher. —

### Kommunistischer Schwindel

Das Arbeitslosenversicherungsgezet

Die kommunistische Presse behauptet, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Aufhäuser im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags eine Zustimmungserklärung zum Arbeitslosenversicherungsgezet abgegeben haben soll. Diese Mitteilung ist von A bis Z erlogen. In der Generaldebatte erster Lesung im Ausschuss werden von den Fraktionen überhaupt keine Erklärungen abgegeben. Aufhäuser hat in einer Generalrede die denkbar schärfste Kritik an der Regierungsvorlage geübt und sie sowohl hinsichtlich der Leistungen als unannehmbar bezeichnet, um gleichseitig namens der SPD. grundlegend neue Vorschläge zu machen. Dieser Vorstoß der sozialdemokratischen Fraktion hatte auch den Erfolg, daß der ansehnliche Ausschuss über den Aufbau und die Organisation der Arbeitslosenversicherung überhaupt nicht weiter beraten, sondern an die Regierung etwas Umgestaltung zurückverwiesen worden ist. Ebenso fanden sich bei den weiteren Beratungen über den Kreis der Versicherten bisher die Auffassungen der bürgerlichen Parteien und der SPD scharf gegenüber.

Im übrigen hat der Redner der SPD, Abg. Hädel, erklärt, seine Partei lehne den Entwurf grundsätzlich ab, sei aber bereit, Verbesserungsvorschläge zu stellen. Wenn es also Arbeitererrat bedeutet, durch positive Mitarbeit einen solchen Gesetzentwurf zu verbessern, so sind diesmal sogar die offiziellen Diener von Moskau nach ihrer eigenen Erklärung auch Berater!

### Der Prozeß gegen den falschen Prinzen

Berlin, 17. Febr. (Funkdienst.) Aus Köln wird gemeldet, daß sämtliche Prozesse gegen den falschen Prinzen Domela dort durchgeführt werden. Es ist geplant, die einzelnen Betrugsfälle besonders zu behandeln, sobald Domela sich in mehreren Verhandlungen zu verantworten haben wird. Wie berichtet sollen sexuelle Verirrungen Domelas in den Prozessen eine Rolle spielen. Es ist übrigens bemerkenswert, daß immer noch von allen Seiten gegen den falschen Prinzen Betrugsanzeigen einlaufen. Domela betritt die im arden und ganz neu, erklärt aber, daß sich die Leute doch wegen der paar Mark nicht so aufregen sollen.

### Bermischtes

Internationale Taschendiebe

Berlin, 16. Febr. In Berlin wurden gestern zwei internationale Taschendiebe auf frischer Tat ertappt und festgenommen als sie im Bezirk standen, einem Kassenboten aus der Postkasse des Rods 3000 M zu stehlen. Der Boie bemerkte diese Epischuberei noch bevor ihm das Geld reiflos gestohlen war. Er alarmierte die Polizei und ließ die Epischubenden verfolgen. Es sind alte Bekannte der Polizeibehörde. Der eine stammt aus Brasilien, der andere aus Spanien.

Blutiges Familiendrama

Randshub, 16. Febr. In Altenkirchen durchschneit der Gemeindefreier Schöneberger seinen 3 Monate alten Kinde die Pulsadern und tötete dann seine Frau und sich selbst durch Revolverkugeln in die Schläfe. Das Ehepaar war nicht durch Revolverkugeln in die Schläfe. Schöneberger hat die Tat im Einverständnis mit seiner Frau vollbracht. Das Motiv der Tat ist durch den Strafe wegen Kezuntreuwagens, die sich Schöneberger hatte aufgeben kommen lassen.

## Landesversammlungen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands / Bezirk Baden

Die Bezirksleitung Baden des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hatte drei Landesversammlungen einberufen, welche aus allen Teilen Badens sehr stark besucht waren.

Am 6. Februar fand eine Landesversammlung für das technische Wagenunterjüngerspersonal in Offenburg statt. Unter den zahlreich Teilnehmern waren auch Vertreter von der Pfalz, Stuttgart und Rürnberg erschienen. Der Bericht vom dem Hauptgruppenobmann Kollege Kober über die Reichskonferenz in Erfurt fand allgemeine Zustimmung und wurden die dort festgelegten Richtlinien anerkannt. Ueber die Anstellungs- und Förderungs- sowie der übrigen Beamtenrechtsfragen referierte Bezirkssekretär Kollege Heini. Die Diskussion, die auf einer sehr hohen Stufe stand, brachte noch manche Frage und Angelegenheit, die der Vorstandschaft zur Weiterbehandlung überwiesen wird. Vor allem wurde eine Beförderungserhöhung und der Aufstufungsdienst verlangt. Der technische Wagenunterjüngersdienst stellte in Anbetracht der technischen Neuerungen erhöhte Anforderungen an das Personal und es müsse darauf gesehen werden, daß der Nachwuchs nach wie vor aus dem Handwerkerstande entnommen werde. Nach fünfständiger Beratung wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 6. Februar 1927 im „Sanauer Hof“ in Offenburg tagende, vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands — Bezirk Baden — einberufene sehr stark besuchte Landesversammlung des Wagenmeisters- und Anwärterpersonals, schließlich vollst. den Forderungen an, welche in der Organisationskonferenz des Einheitsverbandes am 23. Jan. in Karlsruhe aufgestellt wurden. Als wichtigste Forderung muß gelten: Erhöhung des Einkommens und Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich 8 Stunden. Die Konferenz protestiert gegen den Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes, wonach die Reichsbahnbeamten und Anwärter von dem Gesetz, Regelung der Arbeitszeit und dem Schutz gegen Betriebsgefahren betr., ausgeschlossen sein sollen und in diesen Fragen nur die Personalordnung maßgebend bleiben soll. Die Konferenz fordert Vermehrung der Plaz- und Beförderungstellen, wie sie in der vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands Bezirk Baden an die Rhd. Karlsruhe eingereichten Vorlage aufgestellt und begründet wurde. Die Konferenz ersucht den Vorstand des Einheitsverbandes, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß für das Personal des technischen Wagenunterjüngersdienstes folgende Eingruppierung in der jetzigen Beförderung erreicht wird: Eingangsstelle Beförderung V, Beförderung VII, im übrigen ersucht sich die Konferenz mit den von der Erfurter Tagung des technischen Wagenunterjüngerspersonals aufgestellten Richtlinien und Organisationsarbeiten einverstanden.“

In der sehr stark besuchten Landesversammlung der Arbeiter der Rhd. und Bw, welche am 13. Februar in Karlsruhe stattfand, referierte Kollege Stöhrer, Bezirksleiter, über den Tagewerksausbau, Abbaumahnahmen der Verwaltung und die Auswirkungen des Gebirgsbaus. In einem tiefgehenden Referat gab der Kollege Stöhrer ein Bild der derzeitigen Verhältnisse der Reichsbahnarbeiter und kommt zu dem Schluß, alles einzusetzen, um die Organisation so auszugestalten, daß so bald wie möglich der Arbeitsstand eingestellt, eine Verbesserung eintrete und der Schutz der Arbeiterkräfte durch bessere Arbeitsbedingungen erreicht werden. (Lebhafter Beifall.)

Bezirksleiter Kollege Schneider behandelte eingehend die eingelaufenen Anträge. Er behandelte Rechtsfragen der Betriebsratverordnungen und klärte Zweifelsfragen über die Auslegung des LZB.

Nachstehende Entschließungen wurden einstimmig angenommen:

I.

„Die am 13. Februar 1927 vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Bezirksleitung Baden einberufene, sehr stark besuchte Landesversammlung der Arbeiter der Rhd. und Bw. kommt nach eingehender Aussprache über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Reichsbahnbetrieben zu folgendem Erbesitz:

Der andauernde hohe Krankenstand, die steigenden Unfallziffern in den Reichsbahnbetrieben sind die Folgen der durch Abbau, Gebirgsarbeit und verlängerten Arbeitszeit gewaltig gesteigerten Ausbeutung der Arbeiterkräfte. Die organisatorischen und technischen Produktionsänderungen der Werkbetriebe, haben sich bisher nur in Nachteile der Belegschaften bzw. Entlassungen von Arbeitern ausgewirkt.

Die wiederholten Versuche gegen die vereinbarten Gebirgsrichtlinien, sowie der teilweise Verzicht, die Betriebsräte von dem ihnen vertraglich und gesetzlich zustehenden Mitwirkungsrecht auszuschließen, indem ihren Ausgangspunkt in den viel Geld verschlingenden, verwaltungsseitig hartgesunden Tagungen über das Gebirgswesen. Die Absicht der Verwaltung, welche das Ergebnis des gezeichneten Arbeitsvertrages nicht für, sondern gegen die Arbeiterkraft verwenden will, wird immer deutlicher erkannt. Die derzeitige Anwendung des Gebirgswesens ruiniert die physischen und geistigen Kräfte der Arbeiter, führt zu Krankheit, frühzeitiger Invalidität

oder völligen Verfall. Diese unwiderlegbaren Tatsachen rechtfertigen erneut das Verlangen, das Gebirgswesen zu be-  
seitigen.

Die Landesversammlung fordert: 1. Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden. 2. Unabdingbare Erhöhung des Einkommens entsprechend der wesentlich verminderten Kaufkraft. 3. Ausbau der sozialen und hygienischen Einrichtungen. Die Landesversammlung fordert die Belegschaften auf, jede Ungleichgültigkeit und Uneinigkeit bei Seite zu lassen, vielmehr in geschlossener Einheit obige Ziele zu erreichen suchen, um weitere Not und Elend hintanzubalten.“

II.

„Die zahlreich besuchte Landesversammlung für das in den badischen Werkstätten beschäftigte Personal verurteilt mit aller Entschiedenheit die fortgesetzten verwaltungsseitigen Einschränkungen der Lohnarbeitsbestimmungen. Besonders merkt sich die Versammlung gegen die ständigen Zurückstufungen in den Lohngruppen, die nach Auffassung der Versammlung nicht im wirtschaftlichen Interesse der Werke gesehen sind, sondern nur nach rein bürokratischen und juristischen Gesichtspunkten vorgenommen werden.“

Die Versammlung vertritt des weiteren den Standpunkt, daß die prozentualen Zulagen für Zeitlohnarbeiter, wie sie im Gebirgsvertrag vorgesehen sind, nicht endgültig von den Dienstverhältnissen festgesetzt werden dürfen, sondern ein Wirkungsrecht in dem Sinne geschaffen wird, daß im Streitfall eine von Sachleuten besetzte unparteiische Instanz zu entscheiden hat.

Die Versammlung vertritt den Standpunkt, daß vorerwähnte Fragen bei den bevorstehenden Verhandlungen über Änderung des LZB zum Gegenstand entsprechender Verhandlungen gemacht werden und richtet an die Verbandsleitung das Ersuchen, in diesem Sinne zu handeln.“

In später Abendstunde konnte die auf geistig hochstehender Werte stehende Versammlung geschlossen werden.

Die Landesversammlung des Rangierpersonals war ebenfalls sehr stark besucht. Nach dem Referat des Bezirksleiters Kollege Heini, der die einschlägigen Fragen dieser Berufsgruppe behandelte, fand eine reichliche Aussprache statt.

Im zweiten Tagesordnungspunkt gab Kollege Heiner die gestellten Anträge bekannt, welche einer eingehenden Beratung unterzogen und der Bezirksleitung zur Bearbeitung überwiesen wurde. Die Hauptfragen fanden in untenstehender Entschließung einstimmige Annahme.

Scharf kritisiert wurde der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes, der das Eisenbahnerpersonal ausschließt, ebenso die ungenügende Entlohnung der Rangierarbeiter, sowie die schlechten Anstellungsverhältnisse. Von rund 1800 Rangierbediensteten sind nur 500 im Beamtenverhältnis. Alle verbrauchte Rangierarbeiter stößt man in geringer bezahlte Lohngruppen zurück und den alten Rangierbeamten werden bei der Pensionierung die Rangierdienstjahre vor 1920 nicht in Anrechnung gebracht. Diese Personalpolitik fand die schärfste Mißbilligung.

„Die Landesversammlung der Rangier V des Rhd. Bezirks Karlsruhe hat am 13. Februar 1927 zu den Rechts- und Dienstverhältnissen des Rangierpersonals Stellung genommen. Einmütig kam in dieser Konferenz zum Ausdruck, daß dem schweren und gefährlichen Rangierdienst nach nicht die ihm zustehende Würdigung, sowie der notwendige Schutz auf Leben und Gesundheit zu Teil wird, wie es sich gebührt. Das gilt besonders hinsichtlich in den Arbeitszeit- und Anstellungsverhältnissen, als auch in Bezug der Entlohnung, sowie der Lohn- wie der Gehaltsempfinden. Der Vorstand des Einheitsverbandes wird hiermit beauftragt, bei den maßgebenden Stellen folgenden Forderungen Rechtswirkung zu verschaffen: 1. Aufnahme des Rangierpersonals in das Arbeitsschutzgesetz mit Einführung des 8 Stundenentwurfes bzw. 48 Stunden in der Woche. 2. Bessere Einstufung der Rangierarbeiter im Lohnarbeits und der Rangierbeamten in der Beförderung. 3. Verbesserung der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse, in dem nur für 1/4 des gesamten Rangierpersonals planmäßige Stellen vorhanden sind. 4. Daß die gesamte Rangierdienstzeit zum pensionsfähigen Dienstalter angerechnet wird. 5. Es ist Pflicht des gesamten Rangierpersonals, daß besonders die Dienstverhältnisse besser eingehalten werden, die zur Verhütung von Unfällen besonders zu beachten sind.

Ebenso ist es Pflicht, dahingehend zu wirken, daß die Indifferenzen der Organisation aufgehoben werden zur Stärkung des Einheitsverbandes, was zur schnelleren Durchführung dieser Forderungen beitragen wird.“

Die drei Landesversammlungen fanden erfreulicherweise auf einer geistigen Höhe, was als ein Erfolg der freien Gewerkschaftsarbeit anerkannt werden muß. Eines war gemein, und darf von der Öffentlichkeit nicht unbeachtet bleiben: Es muß ein Ausgleich gegenüber der andauernden Preiserhöhungen durch Erhöhung des Einkommens, eine Dienstvereinfachung durch Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Die Personalpolitik der Reichsbahngesellschaft, welche sich nur nachteilig nach unten auswirkt, kann in dieser Form nicht weiter geführt werden. Das Reichsbahnerpersonal hat die Tatsache erkannt, daß einmütige Abwehr notwendig ist.

Lawinenunglück in Kalifornien

Fresno City (Kalifornien), 16. Febr. Heber der Bergwerksbetriebs Big Tree sind gestern eine Lawine nieder, durch die 11 Personen getötet und etwa 20 verletzt wurden. Drei Opfer werden noch vermißt.

Tot gefahren

Reuchmühlbach (Pfalz), 15. Febr. In der Sonnabendnacht wurde der 38 Jahre alte Eisenbahner Klein von Hauptstuhl beim Rangieren eines Güterzuges von der Maschine erfasst und getötet. Klein war ausgerückt und vor die Maschine gefallen. Er hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

Urteil eines französischen Kriegsgerichts

Landau, 15. Febr. Das französische Kriegsgericht verhandelte in seiner letzten Sitzung gegen einen französischen Gendarmen, der am Bahnhof Trifelsmühle in betrunkenem Zustand mit einem geladenen Militärgeweh in der Hand den Zug abfuhr, Kellende belästigte und sogar die Abfahrt des Zuges verzögerte, indem er den Bahndienstleiter verbot, den Zug eher abfahren zu lassen, als er es rechtfertigen konnte. Er hatte dann noch einen Schuß aus seinem Gewehr in die Luft abgegeben. Er ist angeklagt wegen Verdringung und Trunkenheit. Der Angeklagte behauptet, er sei von zwei deutschen Zivilisten belästigt worden und habe diese dann verfolgt, um ihre Personlichkeiten festzustellen. Der Schuß sei beim Entladen seines Gewehrs losgegangen. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist wegen Verdringung. Wegen der damit verbundenen Ereignisse eines öffentlichen Aergers wurde er zu 15 Tagen ohne Bewährungsfrist verurteilt.

Ein früherer Separatistenführer zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt

Krefeld, 16. Febr. Das Schwurgericht verurteilte den früheren Separatistenführer und Ortskommandanten von Krefeld, Heinrich Krabe, wegen Meineids zu 2 Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre, dauernde Aberkennung als Sachverständiger und Zeuge unter Eid genommen zu werden und ferner zur Tragung der Kosten des Verfahrens. Krabe, früher Polizeisekretär bei der Stadt Krefeld, war in der Separatistenzeit einer der Führer der Bewegung. In einem Prozeß gegen einen Separatisten, der wegen verurteilten Totschlages angeklagt war, sagte Krabe unter Eid aus, er sei nur innerweltlich tätig gewesen und habe mit den Banden nichts zu tun gehabt. Wegen dieser Aeußerung wurde er wegen Meineids angeklagt.

Aburteilung einer bestialischen Tat

Freies, 16. Febr. Der Reisende Nymacssek, der Tischler Schneider und der inwischen verstorbenen Arbeiter Hoffmann waren am 8. Februar in Freies in eine Villa eingeladen, wo sie die Schwestern und die jährliche Tochter des Besitzers in ihrem Schlafzimmer überfielen und bis zur Befreiung durch die Polizei schlugen und missteten. Beim Zurückgehen des mit Petroleum getränkten Bettes wurden sie gefaßt. Der gefaßte Schneider erhielt, da er nur Schmiere gefaßt hatte, 1 Jahr Gefängnis, Nymacssek, der bereits 20 Jahre Zuchthaus hinter sich hat, wurde zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Hoffmann hat bei der Befreiung Selbstmord verübt.



# Unterhaltung und Belehrung

## Liebe kleine Limofoa

Fred Anderjens Höllenfahrt  
Roman von Diefried von Hanstein.  
(Fortsetzung)

Er tastete zurück. Er ging schneller, wenn auch wieder Schlangen über den Weg huschten und sogar ein Störchen ihm auf den Kopf fiel, allerdings dann eiligst über den Rücken hinweg, ohne ihn zu verletzen.  
Seine guten Augen hatten sich jetzt auch an die Dunkelheit gewöhnt, und er hatte gesehen, daß innerhalb des Tunnelns keine Stromschnellen waren und das Wasser zur linken Hand ruhig. Er war wieder bei seinem Ziel. Das Feuer war vergangen, er verzog die Funken und streute Sand darauf, als wolle er jede Spur vernichten, legte das Zelt zusammen und verstaute sein Knochenschild im Kahn, dann schob er diesen wieder in das Wasser und fuhr langsam und immer noch links haltend ab.  
Immerhin eine unheimliche Fahrt. Ueber sich den tropischen Hellen, zur Rechten den Gift der Brandung und um ihn die trübe Dämmerung; denn da er beide Hände an den Rudern lassen mußte, konnte er die Lampe nicht verwenden. Es war auch besser; denn nach ihrem Aufleuchten mußten sich die Augen erst wieder an das Dunkel gewöhnen. Obgleich er natürlich rascher vorwärts kam, erschien ihm der Weg länger, weil er so gespannt auf jeden Stein achten mußte, der das Boot etwas aus der Richtung brachte. Dann, kurz vor der Biegung, wurde es für Augenblicke ganz dunkel und dann kam etwas, was ihn erbeben ließ. Ueber seinem Haupt ein gewaltiges Raufchen, ein Füllschiffchen. Dundernde von Fiebermäusen, die er aufgetrieben hatte mit seinem Kahn, flogen dicht über ihm dahin, die Luft vollkommen erfüllend. Gleichzeitig dräuben im flammenden Schlund ein gelinder, greller Schrei und wieder ein Füllschiffchen. Am ersten Augenblick dachte sein Herz still zu stehen. Er dachte an den wilden Kriegsruf lauernder Indianer, dann wußte er, daß es eine Eule war. Die Tiere der Nacht erwachten; jetzt aber schob der Kahn auch schon aus dem Tunnel in den flammenden Schlund.

Er lenkte ans Ufer. Hier war es ruhig. Er zog den Kahn mächtig hoch hinauf und band ihn an einen letzten Strauch dortener Seifenflanze.  
Er selbst hing wieder ein Stück aufwärts und stellte das Zelt auf; denn es war kühl. Noch immer flogen die Fiebermäuse umher, die er aufgedrückt hatte, und immer wieder wurde er zusammen, wenn der gelinde Schrei einer Eule, der bald hier, bald dort in den Hellen aufstieg, das Echo der Berge weckte.

Er trock in das Zelt und war jetzt wirklich müde. Es war keine Kleinigkeit gewesen, den Kahn mit den Rudern zu halten. Jetzt lag er ausgestreckt da und sah, wie der schwimmende Mond immer tiefere Schatten zeichnete, wie das weiße Labortisch um ihn herum in Nacht verlor. Ein Gefühl des Alleinseins, der Verlassenheit, der machtlosen Nichtigkeit der gemaltigen Natur gegenüber war in seiner Seele.  
Er versuchte an Mund zu denken und vermochte es nicht. Dann aber fielen ihm die Augen zu und in der erhabenen Wildnis schlummerte, vertrauend dem Schutze des Gottes Tamoa, ein einsamer und schwacher Mensch.

Er erwachte von einem unangenehmen Kratzen. Er sah nach der Uhr. Es war schon acht Uhr nordlich, aber es war noch dunkel. Ein dichter, weißer, schwerer Nebel lag im Flußlauf, und feiner Regen trönte hernieder.  
Vergänglich rührte Fred sich auf. Damit hatte er nicht gerechnet. Im Nebel konnte er nicht weiter. Er froh; denn der warme Abend hatte ihn seine Dede vornehmlich lassen. Auch konnte er kein trockenes Holz finden und hätte es auch kaum gefunden. Er tastete in der Dunkelheit des Nebels, die ihn kaum einen Schritt weit sehen ließ, zum Kahn. Das wäre er in den Fluß gestürzt. Er mußte die eine der Luten öffnen, nahm seine Deden, sein Knochenschild und einige Speichen sowie die Hartspinnstämme, die er mit sich führte. Froh war er, als er wieder bei seinem Zelt war und sich starken Kaffee bereiteite, zu dem er einige Konjerven als Nahrungsmittel wurde die Sonne kräftiger und stach durch den Nebel. Jetzt hob sich Donner auf Sekunden. In großen, schweißigen Blasen schwebte er an den Hellen und Zaden empor, hing an den Hören, schaltete sich wieder zusammen, formte unheimliche Gestalten, die lautlos, wie Spukgebilde an den Tümpeln entlang strichen und sich dann wieder vereinten. Dabei wurde der Regen noch stärker.

Jetzt flossen kleine Bäche von den Hängen, und wenn wieder einmal der Nebel riß, strömten Hunderte von Wasserfällen von den roten Felsgebirgen, sprangen über die Steine, schossen als Staubwolke von schwindelnder Höhe hinab und ließen den Fluß schwellen. Eine neue Angst erfaßte Fred. Gab es hier eine Regenzeit? Konnte dies Wetter Tage oder Wochen anhalten?  
Wie, wenn es das Tal erfüllte, den Kahn forttrug?  
Alle Stunden konnte er zu diesem hinunter und jedesmal schäumte der Strom heftiger, jedesmal war der Weg kürzer, den der Strom kam zu ihm herauf, wie sein Bett sich füllte.  
Gegen Mittag endlich ließ der Regen nach, aber nachhaltig war es und trostlos. Der Nebel blieb und Fred streckte sich unter das Zelt. Nicht einmal zum Essen hatte er Lust, und ihm war, als schliefe ein Fieber heran.  
Jetzt im Nebel waren auch die Tierstimmen doppelt unheimlich und bisweilen schien es, als hüpfte ein atöberes Tier in Sprüngen von Stein zu Stein. Fred war munter und vermochte nicht mehr zu schlafen. Das Gewehr hielt er in seiner Hand und wußte, daß wahrscheinlich das noch gemordete Pulver im Notfall den Dienst versehen würde.  
Wieder kam die Nacht.  
Fred hatte ein paar Stunden geschlafen, als ein Lichtschein ihn weckte. Der Nebel war fort und die Sonne ging auf. Er stand als oben in den Bergen. Wie herrlich das war! Zuerst besann er sich auf die letzten Zinten zu klammern, als leuchte dort ein neuer, naher Stern, dann zog eine Riemenhand den Schiefer von den Wänden und Hellen. Wie verstaubte Märchenlöcher vom jungen Sonnenlicht überausen lauten die Zinten und Linne der Felsburgen da, tiefe Schattensichten in die Täler zu sinken. Wie pures Gold glänzten die selben Kämme der Steinschlucht und überall, hoch hier unten in den klammerlichen Dornsträuchern des Tales, begannen die Singvögel zu zwitschern und nahmen dem Chaos die Schreden des Schweißens.

Und dann — aus hunderten, tausenden verborgenen kleinen Löchern erhoben sich Scharen von Schwalben, die hier nisteten und jetzt der jungen Sonne entgegen schwebten.  
Fred mußte sich zwingen, von dem herrlichen Schauspiel zu lassen. Er richtete sich ein kräftiges Maß, weil er gestern in Unmut fast nichts genossen, dann stieg er wieder in das Boot.

Eine Weile flos der Colorado ruhig dahin, dann begann er zu schäumen. Steinblöcke hemmten den Lauf, aber der Fluß war noch geschwollen vom gestrigen Regen und verhältnismäßig leicht konnte Fred die Gefahren umgehen. Der halbe Tag verstrich, während er durch den gewaltigen, flammenden Schlund glitt, dann kam ein Brausen an sein Ohr. Eine Stromschnelle. Sie schien nicht allzuhoch, er hielt den Kahn in der Mitte des Strudels, der ihn mit starker Gewalt ergriff. Rasend schnell schob er dahin; aber Freds Hand war sicher und umklammerte das Steuer und das leichte Boot gehorchte jedem Druck. Es flog über den Gift zu Tal und schob sich zwischen den Felsklümmern hindurch. Auf Sekunden schien es auf der Seite zu stehen, drohte sich zu überschlagen, dann war das Wasser ganz ruhig, und langsam glitt der Kahn dahin. Die erste Stromschnelle war überwunden, tiefer war nun das Bett eingetagen, höher zu beiden Seiten die steilen Wände. Jetzt war der Uferstrand ganz verschwunden. Unermittelt fielen schroffe Klippen bis in den Fluß, der sie mit Gift umschäumte. Wenn hätte Fred gelagert und Mittagspause gemacht, aber hier war es unmöglich; und in derselben Nähe, wie das Bett enger geworden, das jetzt einer schmalen Gasse gleich, war auch die Geschwindigkeit der Strömung gestiegen. Fred hatte nicht Zeit, die Größe der Natur zu bewundern und mußte alle Aufmerksamkeit auf das Schiff richten. Er hatte nicht einmal Zeit, die Furchtbarkeit seiner einsamen Fahrt zu beachten. Wieder brauste der Strom. Wieder kamen kleinere Katarakte. Ganz in der Ferne aber, vor ihm, war ein dumpfes wildes Brausen. Dort mußte ein gewaltiger Absturz sein. Völligstlich war dort der Strom wieder breiter, so daß er das Schiff umgeben konnte. Ganz plötzlich wurde es dunkel. Er hatte nicht Zeit gehabt, auf die Wolken zu achten, die sich mit der Schnelligkeit dieses Klimas zusammenballten. Und wenn er es gesehen hätte, hier war ja unmöglich zu landen. In Sekunden kam das Gewitter. Es war vollkommen Nacht geworden, wenn nicht grelle Blitze auf Augenblicke das Dunkel zerrißen. Turbulenzen drohte der Donner und jeder Zaden, jede Welle gab himberfälligt im Echo den Donner zurück, während schon ein zweiter, noch gewaltigerer hinter ihm herdrönte. Ein Gewitter nicht über, sondern in den Hellen. Wie auf Blitz wußte er, schlug in den Fluß und peitschte das schäumende Wasser empor, schlug in die Wände und ließ große Trümmer herniederrollen, die fliegend in den Colorado stürzten, das Schiffchen zu zerquetschen drohten. Dabei schob es die Schnelligkeit vorwärts und immer näher erlönte, selbst den Donner überhallend, vor ihm das Brausen einer gewaltigen Brandung. Ein besonders lauter Blitz erschellte die Nacht, da sah Fred mit entsetzter aufgerissenen Augen vor sich einen wirbelnden, sprudelnden Trichter. Der Fluß schien zu verfließen. Ein unangenehmes Loch gähnte. Eine heulende Stromschnelle, ein Wasserfall, der den fernen Tod brachte. Rings feste Wände, ohne Möglichkeit einer Landung, selbst wenn Menschenkraft das rasende Schifflein noch zu lenken imstande gewesen wäre. Und dann kam das Letzte, Wüstlich hörte das Raufchen des Wassers unter dem Kiel auf. Mit beiden Händen klammerte sich Fred an die Ränder des Bootes, die Ruder entfielen ihm und zerplitterten an den Hellen. Wie ein Vogel schob der Kahn in die Schlucht hinein. Augenblicke des Grauens, dann ein Aufschlag, Krachen und Bersten. Fred schloß sich aus dem Kahn geschleudert, wirbelte selbst im Wasser, wurde gegen Felsstrümmen geschmettert, drohte zu ertrinken, stürzte kopfüber wie ein Ball durch die Wasser und verlor die Besinnung.

(Fortsetzung folgt.)

## Die Dame

Weit schärfer als in der Männerwelt trennen sich bei uns noch immer die Klassen unter den Frauen. Der Begriff „Herr“ ursprünglich den Freien von „Knecht“ unterscheidend, hat sich demokratisch abgeklärt, und selbst der Anlaß auf dem Armeeländerbänken wird vom billigen denkenden Richter mit „Herr“ angeteilt. Eine ähnlich demokratische Begriffserweiterung hat sich in der Ehe vollzogen, allenfalls auch im Heiratsstand, wird man sich nicht daran stoßen, wenn die Gattin oder Tochter des Herrn Müller als „Frau Müller“ oder „Fräulein Müller“ angeteilt wird. Im Vaterland des ehemaligen Dreiklassenwahlrechts denkt man anders. Es herrscht der „anständige Herr“ und das „anständige Fräulein“, während der „anständige Herr“ in der Stadt und im Bürgerum abgekürzt ist. Der Titel kommt von den Rittergütern und bezeichnet die Stellung des Gutsbesizers gegenüber den Leibeigenen, die beständig daran erinnert werden sollten, daß sie keine Rechtsanwältinnen haben, sondern alles der Gnade, dem guten Willen der Herrschaft verdanken. Das Weimarer „anständig“ unterteilt und vertritt also den Herrenbegriff und die soziale Ueberhöhung seines Trägers über den Knecht, den Sinterfassen, den Kämer, den Rechtslosen. Diesen Begriff hat das Bürgerium fallen lassen, aber es war nicht aufricht und selbstbewußt genug, ihn auch für die Frau auszugeben. Die Junker haben ihn als Offiziere und höhere Beamte von ihren Gütern in die Stadt verpflanzt, und die Bürgerweiber haben sich geschmeichelt, und gehoben, wenn man sie in der Gesellschaft genau so titulierten wie die Frauen und Töchter des Landadels. Vor allem die Hausangestellten gegenüber war die „anständige“ ein vorzügliches Mittel, um sich in Respekt zu setzen und sie ihre Rechtslosigkeit fühlen zu lassen.  
Überall dort, wo die bürgerliche und kleinbürgerliche Kultur die aristokratische verdrängt hat, also in ganz Süddeutschland, empfindet man deutlich das Väterliche dieses Knechtentums mit unsterlichen Gewohnheiten. Das die Gesetze zwischen Nord und Süd auf wirtschaftlichen Ursachen beruhen und nicht auf „Temperament“ oder „Gemütsart“, und ähnlichen unfaßbaren ideologischen Gegenständen, beweisen die ökonomischen Verhältnisse, die bei aller Lebenswürdigkeit und Vorfahrt des Geborgens die Unterwürfigkeit in der Anrede noch viel weiter treiben als in Preußen. In Wien spielt eben Feudalismus und Großaristokratie nirgends so stark ausgeprägt waren wie gerade in der hochbürgerlichen Monarchie. Es gibt aber außer der „anständigen Frau“ und dem „anständigen Fräulein“ noch eine zweite Waffe, mit der sich das Weib der höheren Klasse gegen das der unteren wehrt: die Dame. Hier berührt sich das sozialistische mit dem soziologischen

Moment. Die Dame schlechthin ist nämlich die anständige Frau mit der wahren Moral im Gegensatz zu dem Weibe mit der beschämten Geschlechtsbegehr. Diese Begründung für die Bevorzugung der Bezeichnung „Dame“ durch die bürgerliche Frau ist natürlich heuchelhaft. In Wirklichkeit liegt der Fall so, daß das Weibchen, dem keine Mittel geblieben, sich herauszurufen und seine Zeit mit lauter Bagatellen zu vertrödeln, sich von der nützlichen Frau, die im Haushalt oder Beruf ihren Lebensunterhalt verdient und nicht in der Lage ist, für ihre Toilette ein paar Stunden täglich aufzuwenden, recht deutlich und fühlbar unterscheiden möchte. Nicht genug damit, daß innerlich die Arbeitsbiene von der Drohne eine Welt scheidet: das kapitalistische Bewußtsein muß auch äußerlich, durch den Namen, diese Trennung vollziehen. Zugleich muß es aber — wie es die „Gnädige“ über die arbeitende Hausangestellte erhört — das Luxusgeschöpf, das von anderer Menschen Arbeit lebt und selbst die Kinder den Angestellten überläßt, um sich nur ja nicht den „gesellschaftlichen Verpflichtungen“ zu entziehen, über die Berufstätige, die Verdienende, die Proletarierin hinausheben. Das geschieht mit der Unterscheidung der „Dame“ von der „Frau“.

Für diesen Unterschied gibt es keine genaue Definition, aber er hat sich tief in das Bewußtsein des Volkes hineingefressen und wird von den Besitzenden rücksichtslos ausgebeutet. Die deutsche Dame wenigstens ist der Meinung, durch ein recht anmaßendes Auftreten ihre gesellschaftliche Stellung besonders zu befestigen. Sie braucht nicht zu danken, wenn man aufsteht und ihr keinen Platz anbietet. Sie braucht sich, wenn sie jemanden auf den Fuß getreten hat, nicht zu entschuldigen. Sie ist über Rücksicht und Anstand im Umgang erhaben. Sie kann sich das leisten, denn sie ist ja keine Frau, sondern Dame. Die Ansprüche an gesellschaftliche Geltung haben etwa im umgekehrten Verhältnis zu Takt und Herzensbildung der deutschen Frau. Darin ist auch kein großer Unterschied zwischen Nord und Süd. Völlig anders in jenem Beamtenland, der sich aus den seligen Zeiten des Dubesfürstentums und der Krähwinkel herübergerettet hat, ist noch jene unsinnige, in sich selbst beschränkte Bewußtheit der deutschen Frau allgemein verbreitet, sich mit dem Titel des Gattens zu behängen, von Frau Minister, Frau Geheimrat, Frau Professor, Frau Doktor herunter bis zur Frau Steuersekretärin. Diese Suche nach Größe in Bayern noch ärger als in Preußen. Die Revolution muß erst noch kommen, die diesen lächerlichen Anflug hinwegschwemmt.

Und doch: wie überflüssig ist doch alles! Warum kommt man in Frankreich ohne die „Frau Erster Staatsanwalt“ aus? Warum gibt es dort einzig und allein die „Madame“, die nichts von Unterwürfigkeit an sich hat, und die der Bauernfrau und der Arbeiterfrau genau so zukommt, wie der Gattin des Landbesizers und der Staatspräsidenten? Ganz einfach deshalb, weil Frankreich noch etwas besitzt, was wir entbehren: eine bürgerlich-demokratische Gemeinschaftskultur.

## Theater und Musik

### Badisches Landestheater

#### 7. Sinfonie-Konzert des Badischen Landestheater-Orchesters

Vor dreißig Jahren begleitete Max Regaer, dessen Mozart-Variationen der Beschluß des letzten Sinfonie-Konzertes bildeten, hier im Musiksaal seine Violinsonate. Die Karlsruher und der größte Teil der Kritik hatten damals nur ein Mittelbedingtes Vorgehen für ihn und seine Kunst übrig. Er hatte wie alles Moderne schwer Fuß zu fassen, weil es zum guten Konventionen gehörte, konservativ zu sein. Wie lange wurde uns Strauss vorenthalten! Vor drei Jahren hatte man Schönberg noch deutlich abgelehnt und wer die Karlsruher kennt, der mußte tatsächlich erkaufen sein, daß sie für Hindemith, dessen Violinsonate gespielt wurde, diese Begeisterung aufbringen konnten. Herr Krups vollbrachte mit der Aufführung des Hindemith-Konzertes eine Tat, die als ein solgenreiches Ereignis im biesigen Musikleben bezeichnet werden kann. Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist das Eis gebrochen, die Moderne wird endlich auch eine Heimstätte in unsern Mauern finden. Sündenmüde wurde bekanntlich in Donaueschingen groß. Eine beträchtliche Zahl seiner Kammermusikwerke ist dort herausgebracht worden. Man muß nach Schindlers auch in Hindemith einen Anhänger der Monotonität sehen, der alle Elemente, fast alle übernommenen Geleite der Tonkunst auflöst, dafür neue Grundmauern für seine Kunst aufbaut, neue Formen schafft, die eine vollkommen neue Anpassung unseres Ohres bedingt. Sündenmüde verlangt ein Abschneiden der Vergangenheit, ein Rezept, das viele Stümper, die sich um Schönberg und Hindemith als ihre Meister schaukeln, als Lösung ausgeben. Wer sich intensiv mit Hindemith beschäftigt hat, der kann heute noch den Werken, die von dem Kammersünder bis jetzt erschienen sind, ruhig behaupten, daß man ihn zu den wenigen Köpfen zählen kann, denen es vergönnt ist, dem Götterdenkmal zu geben. Das, wonach Strauss und Regaer leidenschaftlich kämpften, hat Hindemith gefunden: neuen Ausdruck und neue Form. In seinem Violinsonate spielen die begleitenden Geigen aus, ebenso Oboen und Hörner, dafür wird aber das einzelne Instrument intensiver in Dienst gestellt. Mit noch letzten bagewerkter Rücksichtslosigkeit wird hier von den Instrumenten die letzten Möglichkeiten geordert. Anfänglich klingt alles scheinbar gewaltig, genau, gerecht, bald nach den ersten Takten spürt man die Abicht und fühlt, daß sich hier Licht, Farbe, inneres Geschehen zu einer intensiven tönenden Ausdrucksform vermagt haben, die sich neben dem Herkömmlichen behaupten will, denn sie ist aus der Stunde geboren.

Der relativ leichtverständliche letzte Teil des Sinfonie-Konzertes wurde dankenswerter Weise wiederholt. Herr Krups hat vorbildlich diesen Hindemith verlebendigt, er hat sich gut in das Werk eingefügt und konnte daher der Solistin ein delikater Begleiter sein. Fr. Fabender spielte den Solopart mit bewundernswürdiger Grifftechnik. Für das Nachspiel, ein Satz voller milder Schönheit, fand die Geigistin einen warmen gefühlvollen Ton, der von ihrem wunderbaren Instrument gleichsam gelungener wurde.  
Straussens Polka-Suite, die den Abend eröffnete, zeigt wichtige Einfälle. Unsere Orchestermitarbeiter spielen sie, die viel Soloinstrumente erfordert, vollendet. Die Mozart-Variationen, heute Regens wohlbekanntestes Orchesterwerk, sind unserm Konzertpublikum nicht mehr fremd. In letzter Zeit haben Scherchen und Busch sie hier interpretiert. Herr Krups hat der Fuge vielleicht nicht ganz die nötige Zeit zur Entfaltung ihrer gigantischen Ausmaße gegeben, sie war gleich zu Anfang etwas rasch genommen. Der ganze Abend hinterließ einen starken Eindruck, der wohl auch auf die vorzügliche Disposition zurückzuführen war, in der sich unser Orchester befand. Von den rhythmisch deutlich genau gespielten Tambourin-Pauken, über den Solo-Bass bis hinauf zum „Signal“-Pistolen letzten alle Mitwirkenden ihr bestes Können ein.

# Steuerfragen im Landtag

Bildung eines Verfassungsausschusses — Hypothekendarlehen — Die Winkerkredite — Reboveredelungsanstalt Freiburg — Notgesetz über die Gewerbesteuer — Vermögenssteuer und Vermögensgesetz — Um die Errichtung einer Fußballerschule — 10 000 M für die Badischen Lichtspiele

Heftige Arbeit hat der Landtag gestern geleistet. Im Ganzen wurden 10 Anträge erledigt, die meisten davon allerdings nicht von besonderer Wichtigkeit. Zunächst beschäftigte sich der Landtag um einen weiteren Ausschuss, und zwar einen solchen, dem die Verfassung betreffenden Anträge zur Erledigung zugewiesen werden. Wenn Herr Abg. Matthes hierüber in besonders heftiger Opposition machte, so wohl nur um der Opposition willen. Die Deutsche Volkspartei glaubt mit diesem Oppositions-Gesetz drinnen im Lande vortäuschenden Erfolg zu erzielen. Bis jetzt war der Erfolg aber nur Scheitern. Des weiteren wurde die Frage einer Hypothekendarlehenanstalt, die Frage der Winkerkredite, der Reboveredelungsanstalt in Freiburg, ein Notgesetz über die Gewerbesteuer behandelt. Bezüglich der Winkerkredite lehnte die sozialdemokratische Fraktion die generelle Erlassung der Zinsen ab, da dadurch auch Leute begünstigt würden, die es wirklich nicht nötig haben. So wie die Angelegenheit nun beschlossene ist — Erlassen auf Ersuchen bei einem Fehlschlag — kann man der Sache zustimmen. Letztendlich ist dennoch das Land, das dem Reich gegenüber für die Zinsen aufkommen muß, wenn die Winkler nicht zahlen.

Dann gab es eine mehrstündige Steuerdebatte. Anlaß hierzu gaben Anträge der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen. Wieder ein richtiges Demagogensstück: Esst beschließen sie in Berlin diese Steuern, und dann, wenn im Lande ihre Anhänger rebellisch werden, geben sie im Landtage ein Zammern und Wöflingen über den Steuerdruck und die Steuerungerechtigkeit an! Und beantragen, „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß...“ usw. usw., wie die wunderbare Parlamentsformel heißt. Es war gut, daß unser Gen. Rüdert die Herrschaften einmal auf das Demagogische bei dieser Antragstellung hinwies. Sie haben es ja im Reichstag in der Hand, den notleidenden Mittelstand und die so arme Landwirtschaft zu retten, was sie übrigens ja auf Kosten der breiten Massen und der Arbeiterklasse schon zur Genüge tun. Dann brauchen sie im Landtage sich nicht abmühen. — Im übrigen war aber diese Steuerdebatte in ihren Einzelheiten nicht ohne Interesse. — Mit der Bewilligung von 10 000 M an die Badischen Lichtspiele, deren kulturelle Bedeutung damit die beste Anerkennung fand, erreichte die siebenstündige Doppelstunde ihr Ende. Wenn aus der Ausschussmühle wieder genähter Stoff geliefert ist, kommt das Plenum wieder an die Reihe.

## 15. Sitzung

h. v. Karlsruhe, 16. Febr.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet nach 10 Uhr die Sitzung mit Begrüßungsworten an den nach längerer Krankheit erstmals wieder der Sitzung beiwohnenden Abg. Dr. Schöfer. — Eine kurze Anfrage betr. Ueberführung der Bodenbesitzverhältnisse in Privatland wird dahin beantwortet, daß diesbezügliche Meldungen unzureichend sind. Auf eine weitere Anfrage betr. Gefährdung der Niederschlagszonen durch den Kanalbau wird geantwortet, daß durch Vorkehrungen beim Kanalbau die Schäden möglichst verhindert werden würden.

## Einsetzung eines Verfassungsausschusses

Ein Antrag Baumgartners verlangt die Einsetzung eines Ausschusses zur Beratung des Landtagswahlgesetzes sowie zur Behandlung aller zur Ausführung der Verfassung zu erlassenden Gesetze. Der Ausschuss soll aus 13 Mitgliedern bestehen. — Abg. Meyer-Karlzodt (D.N.) wendet sich gegen die Einsetzung eines Sonderausschusses, durch den die Zuständigkeit des Verfassungsausschusses vermindert werde. — Abg. Dr. Matthes (D.Vp.) hält eine längere Oppositionsrede, in der er sich für den geplanten Ausschuss ablehnt. Dann beantragt er die Herausnahme der Zahl der Mitglieder dieses Ausschusses auf 21, oder, wenn dieser Antrag abgelehnt würde, jeweils nur je einen Vertreter jeder Partei.

Abg. Meyer-Heidelberg (Sos.) wendet sich gegen den Vorschlag. Vor einigen Jahren habe man ja schon einen solchen Ausschuss gehabt, in dem die Deutsche Volkspartei mitarbeitete. Die sozialdem. Fraktion nehme den Antrag Baumgartner an. — Abg. Wolf (Komm.) erklärt, daß seine Partei dem Ausschuss zustimme, da er aus technischen Erwägungen geschaffen werde. — Auch Abg. Föhr (Ztr.) stimmt dem Antrag zu. — Abg. Dr. Glöner (Dem.) äußert Bedenken gegen den Ausschuss, ein Teil seiner Fraktion werde zustimmen, ein anderer Teil sich der Stimme enthalten. — Der Antrag Baumgartner wird hierauf angenommen, nachdem der Antrag Dr. Matthes abgelehnt worden waren. — Die Sozialdemokratie erhält in dem neuen Ausschuss 3 Sitze; es wurden gemäß der Abg. Dr. Marum, Meyer-Heidelberg und Reinhold, als Stellvertreter die Abg. Dr. Engler, Rüdert und Markhoff.

Ueber die weiteren auf der Tagesordnung stehenden Vordragen ist sowohl über deren Inhalt wie auch über deren Behandlung im zuständigen Ausschuss in den letzten Tagen von uns berichtet worden; es erübrigt sich also ein näheres Eingehen auf den Inhalt der Vordragen wie auf den Bericht des Berichterstatters.

## Errichtung einer Hypothekendarlehenanstalt für Handel und Industrie

Der Ausschuss-Berichterstatter Abg. Dr. Föhr beantragt, die diesbezügliche Mitteilung des Ministeriums des Innern zur Kenntnis zu nehmen; die Regierung aber zu ersuchen, auf die Sparzinsen im Sinne einer Verminderung der Spanne zwischen Aktiv- und Passivzinsen und stärkerer Berücksichtigung des Hypothekendarlehens einzuwirken. — Ohne Aussprache wird dem Ausschussbeschluss zugestimmt.

## Winkerkredite

Ein Antrag des Landbundes verlangt die Erlassung der Zinsen der Winkerkredite. — Abg. Weichhaupt erstattet Bericht. Der Haushaltsausschuss beantragt, daß denjenigen Winklern, die nach amtlicher Feststellung einen Fehlschlag hatten und in Notlage geraten sind, auf Ersuchen für die Jahre 1926/27 die Zinsen der Winkerkredite erlassen werden. — Den Antrag des Landbundes begründet Abg. Kläiber, der erklärt, dem Ausschussantrag zuzustimmen. — Einen kommunikativen Änderungsantrag begründet Abg. Wolf. — Abg. Engelhard (Ztr.) begrüßt den Beschlus des Haushaltsausschusses.

Abg. Freidhof (Sos.) lehnt den Antrag des Landbundes ab. Die Frage sei eine Reichsangelegenheit. Die ausfallenden Zinsen müßte das Land tragen. Wenn man generell die Zinsen erlasse, so würde diese Veranlassung auch Krieg treffen, die finanziell befreit gestellt sind. Es können in einzelne Gemeinden auch die höheren Kredite, als der Aufwand für den berechtigten war. Dem Antrag des Ausschusses stimmen die So-

zialdemokraten zu. — Der Ausschussantrag wird hierauf angenommen.

## Errichtung einer Reboveredelungsanstalt in Freiburg

Da der im Staatsvoranschlag vorgesehene Betrag nicht ausreicht, wird eine weitere Summe von 15 000 M angefordert. — Nach Berichterstattung durch Abg. Weichhaupt, der Zustimmung zur verlangten Summe beantragt und einigen Ausführungen des Abg. Engelhard (Ztr.) sowie eines Regierungsvortreters wie die Summe von 15 000 M genehmigt.

## Notgesetz über die Gewerbesteuer

Das Gesetz ist schon seit wenigen Monaten in Kraft. Abg. Engelhard erstattet Bericht und beantragt nachträgliche Zustimmung. Nach dem Gesetze werden der Besteuerung des Betriebsvermögens die tatsächlichen Steuerwerte zugrunde gelegt. — Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Meyer-Karlzodt (D.N.) und des Abg. Wolf (Komm.) wird das Gesetz angenommen.

## Durchführung des Reichsvermögenssteuergesetzes

Es handelt sich hier um die Anträge, eingebracht von den Abg. Matthes, Schmittbinner und Baumgartner. Der Antrag Baumgartners betrifft den Nachschuß von Steuern; der Antrag Schmittbinner verlangt eine gleichmäßige Behandlung der badischen Wirtschaft gegenüber der auswärtsbadischen Wirtschaft; der Antrag Baumgartner bewegt sich in ähnlicher Richtung wie der vorgenannte. — Ueber den ersten Antrag berichtet Abg. Engelhard, über den zweiten und dritten Antrag Abg. Matthes. Zum ersten Antrag wird Ablehnung beantragt. — Zum zweiten Antrag wird eine Fassung beantragt, nach der verlangt wird, daß eine gegen andere Landesfinanzämter höhere Bemessung von Grundbesitzvermögen unterbleiben soll. — Zum Antrag Baumgartner wird dessen Annahme beantragt. — Den Antrag der Deutschen Nationalen begründet Abg. Schmittbinner, den Zentrumsantrag Abg. Dr. Föhr, den der Deutschen Volkspartei Abg. Dr. Matthes. Nach kurzen Darlegungen des Abg. Zoller (D.N.) wird um 1/2 Uhr die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf nachmittags 1/2 Uhr festgesetzt.

## 16. Sitzung

Der Präsident Dr. Baumgartner teilt mit, daß sich der Verfassungsausschuss konstituiert hat. Zum Vorsitzenden wurde der Landtagspräsident, zum stellv. Vorsitzenden Abg. Meyer-Heidelberg und zum Schriftführer Abg. Kläiber von der Bürgerlichen Vereinigung gewählt. Das Haus fährt dann in der Aussprache über die Steueranträge fort.

## Abg. Rüdert (Ztr.)

Der Kritik über die Unübersichtlichkeit, Mannigfaltigkeit und Komplexität der Steuerergesse muß man zustimmen. Der gewöhnliche Steuerpflichtige findet sich nicht mehr zurecht. Was wir brauchen, ist nicht nur Stabilität der Besteuerung, sondern auch die Stabilität der Steuerergesse. Wir freuen uns, daß sich der neue Reichsfinanzminister auf den Weg der Vereinfachung begeben will, wie er es auf der Einigungsstagung der Steuerbeamten dargelegt hat. Hoffentlich hat er eine erfolgreiche Hand.

## Die Steuerbeamten sind derzeit überlastet, das s. v. Anträge auf Vereinfachung der Besteuerung und Monate liegen bleiben. Solange muß also der arbeitlose arme Teufel auf die dringenden Anliegen warten. In Berlin hat ein einziger Steuerbeamter 2800 Mittelschichtfamilien zu bearbeiten. Er kann unmöglich dieser Aufgabe nachkommen. Der Grund der Unübersichtlichkeit wird dies nur sein. — Genosse Rüdert wendet sich also, dem verabschiedeten Anträgen zu. Den Antrag Dr. Matthes auf Senkung der Vermögenssteuer muß die sozialdemokratische Fraktion ablehnen. Es liegt Material aus 26 Gemeinden vor; überall ist der durchschnittliche Wert der Grundbesitzvermögen des Einzelbürgers viel geringer als der alte badische Vermögenssteuerwert und der berichtete Wertbeiträge. Dabei sind die Differenzen außerordentlich groß. Wann kann also den Argumenten des Abg. Dr. Matthes nicht folgen. Wenn es sich um Fälle mit einem geringeren Wertwert handelt, an dem der Besitzer nicht schuld ist, so darf man von ihm wohl verlangen, daß er eine höhere Steuer bezahlt. Die Fälle, in denen bisher eine Unterbewertung stattgefunden hat, sind nicht vereinzelte. Der Redner richtet nachsprechende Worte an die Adressen der Steuerbesitzer.

Der Abg. Dr. Matthes hat gesagt, der Mittelstand verliere das Vertrauen zur Steuerergesse. Man ist die Steuerergesse aber doch mit Hilfe der Volkspartei gemacht worden! Wir haben jetzt in der Reichsregierung, wie sie die Deutsche Volkspartei amnestiert hat und es bleibt ihr unbenommen, dafür zu sorgen, daß das Vertrauen wieder hergestellt wird. Dem Antrag Dr. Baumgartner stimmen wir zu. Würde die badische Industrie mit 70 Prozent belastet, so käme dies gegenüber norddeutschen Gebieten einer Vorbelastung gleich. Darin liegt auch eine Gefahr für die Arbeiterklasse in deren Interesse man keinesfalls wünschen kann, daß die badische Industrie stärker belastet wird als wirtschaftlich günstiger gelegene Gebiete. Auch dem Antrag inbezug auf die Veranschlagung der Steuern ist der Ausschuss, daß die Landtage verpflichtet seien, zu wichtigen Fragen der Wirtschaft Stellung zu nehmen, auch wenn sie zum Aufgabebereich der Steuerergesse gehören. Man möge auch die Antragsteller auf der rechten als Männer betrachten, die im Interesse der Wirtschaft Forderungen stellen. Der Redner verweist auf ungerechte Auswärtigen der Vermögenssteuer, wie sie besonders den Hausbesitzer treffen. Man könne von keinem Menschen verlangen, daß er aus einem Einkommen noch Steuern bezahlt für Objekte die in der Wirtschaft stehen. Der Antrag Dr. Matthes ist durchaus berechtigt. Der Redner legt sich dann hauptsächlich mit dem Abg. Wolf auseinander und beantragt zum Schluß eine Fassung des Antrages Dr. Matthes, wonach die Nachschüsse auf die Reichsvermögenssteuer für wohnbewirtschaftete Grundstücke für 1925 erlassen oder soweit sie bereits geleistet sind, auf die Steuerpflicht für 1926 eingerechnet werden sollen.

## Abg. Weichhaupt (Zentrum)

Abg. Weichhaupt (Zentrum) wendet sich gegen den Abg. Zoller, indem er hervorhebt, daß sich außer dem Landbund auch die anderen landwirtschaftlichen Organisationen der Vermögensfrage angenommen haben. Das Wirtschaftliche vorhanden sein, dafür bringt der Redner Beispiele aus dem Bezirk Pfullendorf.

Abg. Dr. Glöner (Dem.) stimmt den Ausschussbeschlüssen zu. Gegenüber dem Antrag Matthes würde seine Fraktion sich der Stimme enthalten.

Finanzminister Dr. Schmitt verweist auf die Schwierigkeit der bisher bestehenden Fragen. An Hand des Beispiels vom Bezirk Pfullendorf weist er nach, daß in der Tat eine Steigerung des Steuerwertes in der Landwirtschaft nicht festzustellen habe. Es geht nicht an, die Gemeinden unzulässig auszuweiten und daraus einen Einheitswert zu berechnen. Mit Zahlen muß man vorsichtig sein. Eine Höherbewertung der Gebäude ist allerdings eingetreten, wobei jedoch zu bemerken ist, daß auch der Mietpreis gestiegen ist. Fraglich ist im Ganzen nur, ob das Maß der Höherbewertung das richtige ist. Eine Steuerstatistik aufzumachen, wäre nur im Benehmen mit dem Landesfinanzamt möglich. — Damit ist die Debatte erschöpft; es folgen die Schlussworte der Antragsteller. In der folgenden Abstimmung werden die Anträge gemäß dem Ausschussbeschlüssen erledigt.

Unter dem Titel „Beisehms der in der Zeit zwischen der letzten Sitzung des Landtages 1925/26 und dem Zusammentritt des Landtages 1926/27 erteilten Ministerialentscheidungen“ erscheint eine Vorlage, die die Zustimmung von weiteren 10 000 Mark an die Badischen Lichtspiele in Karlsruhe verlangt. Nach Berichterstattung durch Abg. Rüdert (Ztr.) wird der Antrag dem Ausschuss übergeben.

Abg. Habermehl (D.N.) beschwert sich darüber, daß vom Unterrichtsministerium den Schulen der Kollektivbesuch an privaten Lichtspielen verboten worden sei. — Abg. Dr. Föhr (Ztr.) bemerkt, daß dieses Verbot wohl erlassen worden sei, weil die Schulen im Bezug von Lichtspielen allzuviel kosten hätten.

Ueber die Einrichtung einer Fußballerschule in Waldsiedlung berichtet Abg. Weichhaupt. Der Antrag des Ausschusses geht dahin, die Regierung möge für den Fall der Errichtung weiterer Fußballerschulen Waldsiedlung und den Kreis Mosbach in Berücksichtigung sieben und weiter zu prüfen, ob eine weitere Fußballerschule zu errichten ist. Den Antrag begründet Abg. Föhr-Unterlangheim (Ztr.). Ohne weitere Aussprache wurde jedoch der Ausschussantrag angenommen. — Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Präsident schließt die Sitzung gegen 1/2 Uhr, die nächste Sitzung wird von ihm, wenn aus den Ausschüssen wieder genügend Verhandlungsstoff geliefert ist, anberaumt werden.

## Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe: Öffentliche Ausklärungs- und Bildungsvorträge finden statt:

Samstag, 19. Februar: Lichtbilder vortrag: abends 8 Uhr im „Laub“. Referent: Gen. Deschner-Karlsruhe.

Wittich Amt Rehl: abends 8 Uhr. Thema: „Die fittliche Idee des Klassenkampfes“. Referent: Gen. Farter Kappes-Karlsruhe.

Freitag: abends 8 Uhr im „Wirttemberg Hof“. Thema: „Reichstag und Regierungsbildung“. Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Schöpfung-Karlsruhe.

Sonntag, 20. Februar: Spielberg: mittags 3 Uhr in der „Traube“. Thema: „Wauwit Bebel, sein Leben und Wirken“. Referent: Oberregierungsrat Gen. Kersch-Karlsruhe.

Schluttenbach Amt Eßlingen: mittags 2 Uhr im „Stroh“ luitauer Märdennachmittag mit Lichtbildern für Kinder. Abends 6 Uhr Lichtbildervortrag: „Der Bauernkrieg“. Referent: Gen. Deschner-Karlsruhe.

Oberweiler Amt Kallst: mittags 2 Uhr im „Stroh“. Thema: Die elektrischen Großkraftanlagen Badens“. Referent: Oberregierungsrat Gen. Thoma-Karlsruhe.

Hofheim Amt Brudhof: mittags 3 Uhr im Rathaus Lichtbildervortrag: „Das Parlament in seiner Geschichte“. Referent: Lehrer Gen. Ansmann-Brosheim.

Hofheim: abends 8 Uhr im „Mundinger“. Thema: „Die fittliche Idee des Klassenkampfes“. Referent: Gen. Farter Kappes-Karlsruhe.

Wittich Amt Hofheim: abends 8 Uhr im Rathaus. Thema: „Kameradschaft“. Referent: Prof. Gen. Dr. Dietrich-Karlsruhe.

Forsheim: vormittags 9 Uhr, in der „Klostermühle“. Gemeindevorstand-Konferenz für die Ortsvereine des Amtsbezirks Hofheim. Tagesordnung: Organisation und Aktion im Bezirk. Referent: Gen. Trinks. 2. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Gemeinden. Referent: Bürgermeister Gen. Riser-Durlach.

Selbsh. A. Kapit: mittags 1/2 Uhr in der „Krone“. Thema: „Sozialistische Weltanschauung, Kirche und Religion“. Referent: Gen. Ulrich-Forsheim.

Göbriken Amt Hofheim: mittags 4 Uhr im „Engel“ Zusammenkunft von Freunden und Anhängern unserer Partei mit Vortrag des Genossen Trinks.

Leitungsbeirat. Am letzten Samstag, 12. Februar, hielt die Sozialdemokratische Partei einen Familienabend ab, der auf den Wunsch der Parteimitglieder in der Hofheim-Ortsgruppe stattfand. Eingeleitet wurde der Abend durch die Begrüßungssprache des Vorsitzenden, Gen. Otto Trinks, der darauf hinwies, daß seit Verlehen des Diszernens dies das erste Mal ist, daß der Hofheim-Ortsverein einen Versuch machte, die Mitglieder auch einmal gesellschaftlich zusammenzubringen und sie so näher zusammenzukommen und damit den Ortsverein zu stärken und zu verfestigen. Des weiteren wies er auf die Notwendigkeit hin, sich politisch zu organisieren in der Sozialdemokratischen Partei, was bedauerlicherweise bei der landlichen vertriebenen Bevölkerung noch viel zu wenig erkannt wird. Den mühseligen Teil bestritt die Musikbegleitung des Arbeitergesangsvereins „Vorwärts“, die ihr Bestes bot. Der reichhaltige Glanzbogen trug viel zur Steigerung der Stimmung bei, den es war buchstäblich niemand da, der mit leeren Händen ausgegangen wäre. In früherer Morgenstunden ging man befreundet auseinander, mit dem Bewußtsein, einige frohe Stunden unter Gleichgesinnten verbracht zu haben. — Allgemein wurde der Wunsch geäußert, daß die Partei auf dem Weg zu einem endlich einmal beschriebenen Maß weiterwachsen möge, der in monatlicher Hinsicht Erfolg verspricht.

W. Gegenüber. Ueber das Thema „Erwerbslosenfürsorge“ oder „Arbeitslosenversicherung“ sprach Regierungsrat Gen. Dr. Dietrich am letzten Samstag im Hofheim-Ortsverein unserer Partei. Der Redner vermittelte alle Teile des Erwerbslosenproblems, machte eine Uebersicht mit den Ursachen der Arbeitslosigkeit bekannt, zeigte den veranlassenden und teiligen Stand der Erwerbslosenfürsorge und wie die Fürsorge selbst Versicherung ausgebaut werden soll. In der Diskussion nahmen die Genossen Hüll und Ruff das Wort zum Kapitel „Erwerbslosenfürsorge“. Die verlangten Tagelöhner seien viel zu hoch und auch sonst müsse der Staat in finanzieller Beziehung den Gemeindevorteil gegenüber meist entgegenkommender sein als dies bis jetzt der Fall ist. Genosse Beckl betonte, wenn die Spaltung in der Arbeiterklasse nicht wäre, wir ganz anders dastünden in unseren sozialen Gebieten und Maßnahmen. An der Spaltung sind aber die Arbeiter nicht allein schuld. Der Staat hätte besser bedacht sein können. Solch interessanten und lehrreichen Vortrag hätte kein Arbeiter und noch weniger ein Arbeitsloser verstanden.

### Breslauer Mordprozess

Am Dienstag begann vor dem Schwurgericht Breslau ein mit großer Spannung erwarteter Doppelmordprozess. Angeklagt ist der Versicherungsbeamte August Kollet, der am 23. April 1926 gemeinsam mit seinem inzwischen verstorbenen Bruder den Tischhändler Kochmann und dessen Tochter Friede vorfalschlich und mit Ueberlegung zwecks Veranlassung und Ermordung haben soll. Die tödlichen Wunden waren mit einem Küchenbeil und mit einer großen Schere mit ungewöhnlicher Robeit beibracht worden. Die Tat wurde entdeckt, als die Feuerwehre wegen eines Zimmerbrandes erschien. Die Mörder hatten unmittelbar nach der Tat die Wohnung in Brand gesteckt. Der ermordete Kochmann lag in seinem Bett, an das er infolge einer Rückenmarkverletzung im Kriege seit vielen Jahren hilflos gefesselt war. Die Tochter lag tot im Nebenzimmer. Die Antlase baut sich lebhaft auf Indizien auf. Kollet ist unbetraut, 39 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern und hat es im Kriege zum Leutnant und zum Eisernen Kreuz 1. Klasse gebracht. Der Angeklagte bestreitet jede Schuld. Er und sein Bruder sind aber bereits am Tage nach der Tat als mutmaßliche Mörder verhaftet worden. Die Brüder Kollet konnten die Familie Kochmann aus Oberschlesien. Acht Tage vor der Tat waren die beiden Brüder in der Wohnung Kochmanns, um eine Versicherung abzuschließen. Der Vorsitzende hielt dem Angeklagten vor, daß er vor und nach der Tat in der Nähe des Tatortes gesehen wurde. Auch seien bei ihm 280 Mark gefunden worden, ein Betrag, der mit der geraubten Summe übereinstimmt. Ein dem Kassenbuch beifolgendes Stückchen Gummi und ein Stückchen an der Sohle Kollets wurden ebenfalls Stoffstücke festgestellt. Die Untersuchung ergab, daß die Brüder Kollet zu Kollet suchte einen Alibibeweis anzutreten, daß er und sein Bruder am Tage vor der Tat nach Keiße gefahren waren. Die Angaben der beiden Brüder über diese Reise waren jedoch vollkommen widersprechend. Am Tage nach dem Vorfalle in Keiße hat sich der Bruder des Lebens angenommen, indem er sich aus dem zweiten Stock des Untersuchungsgefängnisses flüchtete. Kurz zuvor hatte er dem Untersuchungsrichter erklärt: „Der Lump, der Schuft, hat mich auf dem Gewissen!“ Ein Steuerbeamter, der während der Tat an der Wohnung Kochmanns klingelte, wurde von dem Bruder des Angeklagten auf dem Flur empfangen mit der Erklärung: „Der Kochmann wird gerade elektrifiziert.“ Dabei steht fest, daß Kochmann in Breslau nie elektrifiziert worden ist. Zu dem Prozess sind insgesamt 90 Zeugen geladen. Der Angeklagte bestritt bei seiner Vernehmung alle Behauptungen der Antlase in ruhigem und sachlichem Tone.

### Kleine badische Chronik

**Seidlers.** Der Apparat der Königsstuhl-Steinwarte verzeichnete Montag morgen ein ziemlich starkes Erdbeben mit einer Herdenfernung von 1000 Kilometern.  
**Mannheim.** In der Weidenstraße verübte am Samstag vormittag ein Polizeibeamter dadurch Selbstmord, daß er sich mit seinem Dienstrevolver in den Mund schob. Schwere Krankheit soll die Veranlassung zur Tat sein.  
**Bad Dürrenheim.** Mitten im Ort wurde kürzlich ein dreierlei Ueberfall auf eine Frau verübt. Die Inhaberin eines Bekleidungsstandes bei der Saline, Frau Leonhard, wollte sich gegen 7 Uhr nach Hause begeben, als plötzlich ein Lurche hinter einer Ede hervorbrang und ihr Pfeffer in die Augen traute. Er durchsuchte dann das mitgeführten Wägelchen der Ueberfallenen, ohne allerdings Waren oder Geld vorzufinden. Die Frau hatte ihre Tagesentnahme schon auf die Kasse gebracht. Dem Täter, der Windjacke und Mütze trug, gelang es, unerkannt zu entkommen.

**Mannheim.** Montag vormittag hat sich in Nedarau ein verheirateter 39 Jahre alter Schneider aus Buchwald in seiner Wohnung erhängt. Finanzielle Schwierigkeiten sollen die Ursache der Tat sein. Am Montag vormittag wollte ein 25 Jahre alter Mann aus Worms in Lampertheim auf einem Mastenball sich als Feuerstücker zeigen. Er begab sich auf die Straße, um sein Kunststück vorerst noch einmal zu versuchen. Er gab Besin auf ein Glasplättchen und entzündete das Benzin. Sofort schlug ihm die Flamme ins Gesicht, so daß er starke Brandwunden davontrug. Bewußtlos wurde er ins städtische Krankenhaus eingeliefert. Lebensgefahr besteht nicht.

**Marlen.** Montag nachmittag wurde hier auf der Ortsstraße der Mühlendehler Dietrich von Rittersburg von einem Automobil angefahren, zu Boden geschleudert und an Kopf und Brust schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Ohne sich um sein Opfer zu kümmern, fuhr der rücksichtslose Autler in raschem Tempo weiter. Leider war es hier nicht möglich, den Autobesitzer ausfindig zu machen.

**Freiburg.** Zur Tragödie bei Kirchzarten. Der Buchhalter Moriehl, der am Sonntag am Giersberg bei Kirchzarten freiwillig aus dem Leben schied, ist ein gebürtiger Schwabinger. Die tote Tochter war ein vorzügliches Kind, das er vor etwa einem halben Jahre in seine Familie aufgenommen hatte. Beide waren von absolut sicher abgegebener Herkunft getroffen und es ist anzunehmen, daß die Tochter mit dem Entschluß, aus dem Leben zu gehen, einverstanden war. Der Schlag, an dem die tochterbringende Schicksel, befindet sich in nächster Umgebung einer Ruhestätte, welche der Verstorbenen bezeugt. In einem Abschiedsbrief an die überlebenden Angehörigen drückte die Tote den Wunsch aus, in Kirchzarten beerdigt zu werden. Warum M. sich zu dem verweirten Schritt entschloß, bleibt etwas rätselhaft, sicher scheint zu sein, daß ihm seine Familienverhältnisse nicht mehr beageten.

### Aus der Stadt Durlach

**Mitgliedervereinsung.** Die Mitglieder seien auch an dieser Stelle auf die am morgigen Freitag, 18. Februar, abends 7/8 Uhr im „Lamm“ stattfindende Generalversammlung hingewiesen. Die Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**  
 Samstag, 19. Febr., abends 7 Uhr, findet im Lokal zur „Traube“ weitere monatliche Mitgliederversammlung statt. Anschließend gemütliches Beisammensein, verbunden mit humoristischen Vorträgen durch unsere Jungmannschaft und Mitteilungen des Stellvertretenden. Die ganze Kameradschaft mit Familienangehörigen ist hierzu freundlichst eingeladen.

**Der Bürgerausschuhhühnung**  
 am nächsten Freitag werden 9 Vorlagen zur Beratung und Verabschiedung vorliegen, darunter auch mehrere, die erhöhtes Interesse beanspruchen. Die gemeinliche Ursache dieser Vorlagen ist letzten Endes die wirtschaftliche Notlage, die sich hier so scharf auswirkt, wie verhältnismäßig kaum in einer anderen Stadt Badens. Da ergibt sich zunächst aus der starken Finanzsprüchigkeit und sonstiger Unzulänglichkeiten der bestehenden Wandererherberge die Notwendigkeit der Umgestaltung und Erweiterung derselben. Sie soll im Zwischenschloß des Querbauers der ehemaligen Schloßkammer untergebracht werden. Der Aufwand in Höhe von 19.000 M soll zu 1/2 durch einen Zuschuß des Kreises Karlsruhe und zu 1/4 aus einem Darlehen desselben bestritten werden. — Die Herstellung des Zufahrtsweges zum Tüllbuchwald rechts der Mühl- und westlich der Hagsledertstraße auf eine Länge von 900 Meter soll als Notstandsarbeit durchgeführt werden. Es ergibt sich für

etwa 20 Arbeiter auf die Dauer von zirka 7 Wochen Arbeit. Der Aufwand von 18.100 M soll teils durch Zuschüsse aus der produktiven Erwerbslostenzufolge, teils durch ein langfristiges Darlehen aufgebracht werden. — Als weitere Notstandsarbeit ist die Herstellung einer Fahrstraße vom Ritterhaus an der Wirtschaft zum „Schütterhaus“ vorbis bis zur „Friedrichshöhe“ auf dem Turmberg vorgezogen. Sie soll für zirka 100 Arbeiter auf die Dauer von etwa vier Monaten Arbeit gewährt. Der Aufwand ist mit zirka 144.000 M veranschlagt und soll ebenfalls teils durch Zuschüsse aus der Erwerbslostenzufolge, teils durch ein langfristiges Anleihen, teils durch Reichs- und Landesdarlehen zu nächstem Anstuf aufgebracht werden. Aus der Begründung interessiert die Feststellung, daß, wenn nicht weitere Notstandsarbeiten bereitgestellt werden, die Zahl der aussachierten Erwerbslosen am 31. März ds. Js. bereits auf über 500 steigen würde. Ferner stellt die Begründung mit besonderem Nachdruck fest, daß die Erbauung dieser Straße das Landschaftsbild am Turmberg in keiner Hinsicht nachteilig oder gar „verunstaltend“ beeinflusse. — Eine weitere aus der Not der Zeit geborene Vorlage ist der Stadtratsbeschluss vom 2. Februar 1927, wonach die Vorauszahlung auf die Gemeindefiscen, die in der Voranschlagsberatung am 30. Juli 1926 auf 65 Pfa. pro 100 M Grundvermögen und auf 75 Pfa. pro 100 M Betriebsvermögen festgesetzt war, nunmehr auf 75 Pfa. bzw. auf 105 Pfa. erhöht werden soll. Die dadurch bedingte Steuer-Nachzahlung soll in zwei Raten am 5. März und 5. April erfolgen. Aus der Begründung ist zu entnehmen, daß sich gegenüber dem Voranschlag bis jetzt eine Mehrausgabe von rund 218.000 M ergeben hat, der eine absolute Mehreinnahme von nur 63.600 M gegenübersteht. Die hauptsächlichste Ueberfahretung geht mit 135.000 M auf das Konto der Armen- und Wohlfahrtskassen. Dazu bemerkt die Begründung, daß die Erwerbslostenzahl im Monatsdurchschnitt 1926 täglich 1121 betragen habe, während sie im Monatsdurchschnitt 1925 nur 187 betrug, und daß darin die Ursache der mehr als 60 Prozent Ueberfahretung der genannten Voranschlagspositionen begründet sei. Diese Vorlage dürfte eine ausgedehnte Aussprache und jedenfalls wieder heftige Angriffe der bürgerlichen Ratshausvertreter gegen die Wohlfahrtskassen im allgemeinen auslösen. Um das Erwerbslostenproblem pflegen die Herren in der Regel etwas behutlich herumzugehen, da man so harte Tatsachen nicht auf hinwechdisputieren kann.

Unter den übrigen Vorlagen ist noch bemerkenswert der Vorschlag des Stadtrats, an der Kilsfeldstraße zwei weitere Baracken mit 12 Wohnungen für eventuell obdachlos werdende Familien zu erstellen. Da beschleunigterweise die bisher für diesen Zweck geschaffenen 16 Barackenwohnungen bereits nahezu belegt sind, Kostenaufwand zirka 20.000 M aus Darlehensmitteln zu bestritten. — Ferner fällt bei der Vorlage Nr. 68 das sehr weitgehende Entgegenkommen des Stadtrats gegenüber dem Landesverband der hiesigen Methodistenkirche ins Auge. Der genannten Kirche soll Ede der Auer-, Fleisch- und Schmirntrahne ein Platz von 685 Quadratmeter zum Preis von 2 M pro Quadratmeter zum Bau einer Kirche überlassen, der Kaufpreis auf ein Jahr mit 5 Prozent Zins gestundet, die Hälfte der Straßen- und Gehwegkosten und die ganzen Kosten der notwendig werdenden Verlängerung der Gas- und Wasserleitungen erlassen werden. Wir anerkennen ohne Weiteres die in der Begründung zu dieser Vorlage herorgehobene Tatsache, daß das Grundstück an drei Straßen grenzt und die nach dem Ortsstatutenbuch zu erhebenden vollen Straßentosten vielleicht unangemessen verteuern würden. Aber wir glauben uns auch erinnern zu können, daß die Firma Gröbner an der gegenüberliegenden Seite der Schmirntrahne schon vor mehr als 15 Jahren 3 M pro Quadratmeter bezahlt hat. Vielleicht erinnert sich auch der Stadtrat bei gegebener Zeit und bei andern Objekten der hier bewiesenen weitgehenden Toleranz.

1/2 lb nur 50 Pfg.



Man braucht keine Butter mehr sagen die Hausfrauen, welche

# Rama

MARGARINE  
butterfein  
verwenden.

Die Qualität siegt!

Beim Einkauf  
Kinderzeitung, Die Rama-Post vom kleinen Coco  
oder, Die Rama-Post vom lustigen Paps gratis.

Die Damen des Büchsenvereins  
sollen in Ihres Bibliothek!

Werden Sie Mitglied!

Schreiben Sie an - Zahlstelle „Der Bücherkreis“  
Vollstbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstraße 43, Telefon 3701

MILD AROMATISCH



REEMTSMA CIGARETTEN

# GIDON

4 PFENNIG

### Gewerkschaftliches

#### Schlichtungsverhandlungen im Baugewerbe

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Baugewerkschaften mitteilt, ist nunmehr der Termin für die Schlichtungsverhandlungen im deutschen Baugewerbe auf Mittwoch, den 23. ds. Mts., vormittags, im Reichsarbeitsministerium festgesetzt worden. Als Unparteiischer fungiert Herr Oberregierungsrat Dr. Brönn.

### Aus dem Freistaat Baden

#### Eine Dentistenkammer in Baden

Dem Landtag ist eine Resolution über die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals zugegangen. Darnach wird zur Wahrnehmung der Berufsinteressen der staatlich geprüften sowie zur Kasenpraxis zugelassenen Dentisten eine Dentistenkammer errichtet, welche in Karlsruhe ihren Sitz hat. Die Wahlbezirke und die Zahl der Mitglieder werden durch Verordnung des Ministeriums des Innern bestimmt. Derselben obliegt auch die erstmalige Einberufung der Kammer.

#### Frankfurt-Karlsruhe-Basel-Chiasso elektrisch?

Von Dr. A. Kunze Müller-Freiburg

Anlässlich des 25jährigen Bestehens der schweizerischen Bundesbahnenverwaltung am 1. Januar 1927 veröffentlichte die Generaldirektion im Nachrichtenblatt für ihr Personal eine Reihe Aufsätze über Betrieb, Bau, Personal und Tarifpolitik während des letzten Vierteljahrhunderts, von denen einer auch das Problem des elektrischen Betriebes behandelte. Es weist darin u. a.: „Die Beschleunigung der Elektrifizierung wurde im Jahre 1923 in erster Linie beschleunigt, um dem Arbeitsmangel im Lande zu begegnen; sie hat diesen Zweck erreicht, und es wurde durch sie die Ausübung zahlreicher weniger produktiver Leistungen ermöglicht; gegenwärtig finden 70 000—80 000 Arbeiter verschiedener Industrien und zahlreicher Gewerbe durch die Elektrifizierung der Bundesbahnen einen Teil ihres Einkommens.“

Der 1927 ermittelte und folgerichtige Durchführung eines einmal aufzufassenden Programms sehen will, der möge das Problem der schweizerischen Elektrifizierung betrachten. Zunächst beginnen, unter den widerlichsten äußeren Umständen (Weltkrieg) sich fortzusetzen und nach Kriegsende im Zeitmaß noch wesentlich beschleunigt, so geht die Einführung des elektrischen Zaubetriebes in der schweizerischen Nachbarrepublik jetzt allmählich ihrer Vollendung entgegen. Im kommenden Jahr 1928 wird die große Westostroute Basel—Zürich—Bern in Verbindung mit der österreichischen Arlbergbahn via Feldkirch—Innsbruck beendet sein und mit ihren über 600 Kilometer Ausdehnung die längste elektrisch betriebene Eisenbahnlinie Europas darstellen. Da auch die schweizerische Nord-Südtrasse Basel—Luzern—Gotthard—Chiasso längst elektrifiziert worden ist, wird die Schweiz alsbald über zwei glänzende Durchgangslinien — von West nach Ost und von Nord nach Süd — verfügen und damit den internationalen Verkehr und Fahrplan noch mehr als bisher beeinflussen.

Da erhebt sich nun unwillkürlich die Frage, wie wir in badischen Nachbarländern diesen unentwegten Fortschritten gegenüberstehen, ob und in welchem Umfang auch wir die uns im Lande verfügbaren Wasserkraften für solche Zwecke der Verkehrserleichterung auszunutzen haben. Anlässlich des ungeheuren Reichtums an Wasserkraften am Oberrhein und im Schwarzwald sind wir sehr wohl berechtigt, diese Frage zu stellen. Für Württemberg kann sie eigentlich nicht gestellt werden, und es ist für die weit fächeren württembergischen Einflüsse in der Zeit der deutschen Reichsbahn bescheidend, dass diese Frage allen Ernstes für Württemberg nicht nur gleichgültig erhoben werden konnte, sondern hier auch noch die vorläufige Behandlung erfahren soll, obwohl die Oberrhein- und Schwarzwaldtrassen bekanntlich in Baden liegen. Man ist erstaunt zu hören, dass Württemberg zwar mit ausländischen Unternehmungen (Borarlberg) verhandelt, um überhaupt Wasserkraft zur Verfügung gestellt zu bekommen, gleichzeitig aber beim Fortgang der Eisenbahn-Elektrifizierung den badischen Nachbar aus dem Feld zu schlagen verliert.

So wird die Stellung Badens — merkwürdig zu sagen — trotz seines Reichtums an Wasserkraften, trotz neuerlicher, äußerer günstiger finanzieller Angebote an die Reichsbahn, gegenüber dem etwas selbstbewusster auftretenden schwäbischen Nachbar (von den Bayern wollen wir lieber gar nicht reden!) immer schwieriger. Da die Interessen Württembergs und Badens in dieser Frage zusammenlaufen und beide zunächst den elektrischen Betrieb auf der Westostroute via Stuttgart—Ulm—München einzuführen wissen wollen, vermag das kleine Baden, dessen Lebensinteresse zunächst der Nord-Südlinie gewidmet ist, diesen seinen Standpunkt nur schwer durchzusetzen. Das einzige, was in den letzten Monaten erreicht wurde (und das war wenig genau!), bestand in einer sehr verkäuflichen Zusage der Reichsbahn, mit der den Vorrang beanspruchenden Westostroute möglichst gleichzeitig auch die badische Rheinlinie Basel—Karlsruhe—Frankfurt zu elektrifizieren. Wahrscheinlich wird aber auch hier wie so oft, wenn es dann ernstlich daran gehen soll, die Kostenfrage vorzuziehen werden und das Geld eben nur für das bayerisch-württembergische Lieblingsprojekt reichen, Baden also leer ausgehen.

Nachdem im Sommer 1926 das gewaltige Schwarzwaldwerk vollendet worden und das größte Werk am Oberrhein (Eberstadt) in Karlsruhe aus der Taufe gehoben worden ist, nachdem auch Regierung und Reichsbahndirektion Karlsruhe sich der Sache energisch angenommen haben, kann man eigentlich nicht sagen, daß von badischer Seite etwas vernachlässigt worden sei. Es ist bekannt, daß insbesondere der jetzige Reichsfinanzminister Dr. Brüning als badischer Finanzminister eine erfreuliche Initiative entwickelte und dadurch die Reichsbahn zur allmählichen Anerkennung der berechtigten badischen Wünsche gedrängt hat. Aber wir dürfen die Sache damit nicht bewenden lassen. Wenn wir nicht immer wieder darauf zurückkommen, werden wir nichts erreichen und trotz aller schönen, wertvollen Wasserkraften in der Modernisierung des Eisenbahnbetriebes hinter den anderen zurückbleiben, im besten Falle vielleicht unter badischen Wasserkraften ausbauen dürfen zur Ausnutzung durch — andere.

Deshalb müssen wir dauernd auf dem Posten sein und, wenn von bayerisch-württembergischer Seite immer wieder auf die starke ausländische Konkurrenz gegenüber der Westostroute hingewiesen wird, unermüdet auf die nicht minder starke ausländische (französisch-belgische) Konkurrenz gegenüber der Nord-Südlinie Frankfurt—Karlsruhe—Basel hinweisen. Es ist ein unnützes Gerede, wenn man immer hört, die badische Hauptbahn von Mannheim nach Basel sei eine Kennlinie für den Dampfbetrieb und müsse es bleiben; gerade weil sie das ist, weil sie einen außerordentlich dichten Verkehr und Fahrplan aufweist wie kaum eine andere Durchgangslinie Deutschlands, gerade deshalb steht auch die Elektrifizierung dieses elektrischen Betriebes längst ohne Zweifel fest. Für die von Baden-Württemberg im Bund mit der Reichsbahn protestierte Westostroute muß das erst noch bewiesen werden! Bisher ist es jedenfalls noch nicht gelungen.

Frankreich elektrifiziert, Österreich elektrifiziert, die Schweiz elektrifiziert und die deutsche Reichsbahn elektrifiziert — Baden. Im holländisch-schweizerischen und deutsch-schweizerischen Durchgangsverkehr aber wird der Sieger sein, der in Basel als erster die schweizerischen Züge mit elektrischer Maschine am Nordend weiterbefördert. Frankreich—Belgien sind auf dem besten Weg dazu; die Reichsbahn jedoch fährt mit ihren rüchigen Augen an Badens Wasserkraften adflos vorüber, bis ihr die ausländische Konkurrenz eines Tages über den Kopf gemahnen ist. Wo in aller Welt gibt es einen Hausvater, der ähnlich leicht mit seinem Pflande wuchert?

#### Kommunikative Fälschungsverfuge

Wenn man der A.P.D.-Presse glauben will, so kann vom Reichsbanner eigentlich nichts mehr vorhanden sein. Tagtäglich hört man, daß überall Lebertritte zum A. Frontkämpferbund stattfinden. Sogar in Orien, wo gar kein Reichsbanner besteht. Überall wird das Reichsbanner mitgebracht und ist es bald an der Zeit, daß das Reichsbanner aus seiner Reserve herausgeht und die Schwindeldarstellungen widerlegt. Im allgemeinen ist dies ja nicht notwendig, denn der eingemachten die Berichte mit klarem Verstand liest, weiß, daß alles bloß Schwindel ist. Ein neuer Schwindeldruck wurde in Karlsruhe von Erwerbslosen angefertigt, anlässlich der Reichsbannerkassensammlung am 6. Februar. Dort wurde durch die Presse, durch ein Versehen auch im „Volkstempel“, und durch Plakate an der Versammlung eingeleitet, in der der Reichsbannermann

Levie aus Raftatt sprechen sollte. Wie wir uns nun genau erkundigt haben, stellt sich heraus, daß in Raftatt wohl ein der Levie Mitglied des Reichsbanners ist, derselbe ist aber parteipolitisch gar nicht organisiert, und kommt auch gar nicht in Frage als Berichterstatter. Dagegen wohnte seit einiger Zeit in Raftatt in einem Wohnwagen ein gewisser Hugo Levie, der das Referat in der Versammlung, die ohne Diskussion stattfand, hielt. Man schenkt sich also gar nicht, einfach andere Männer in einen falschen Verdacht zu bringen. Alles nur um dem verfluchten Reichsbanner, das doch schon lange tot sein soll, den Garau zu machen. Die Zukunft wird lehren, wer am längsten Bestand hat. Das Reichsbanner hat bis jetzt noch nicht notwendig gehabt, zu solchen Mitteln seine Zuflucht zu nehmen und auch in Zukunft wird der ehrliche Kampf der richtigere sein.

#### Karlsruher Polizeibericht vom 17. Februar

**Unfall.** Eduard Hans Sachsstraße und Kaiserallee stieß gestern nachmittags ein Kaminwagen von hier mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Er fuhr vor den Wagen und wurde eine kurze Strecke geschleift. Glücklicherweise wurde er nur am Bein leicht verletzt, während sein Fahrrad schwer beschädigt wurde.

**Eigentümer gefasst.** Am 3. 2. 27 wurde in Durlach auf einem Steinhaufen Eduard Etklinat- und Schloßstraße ein Paket gefunden, das eine aufgeborene Blechplatte, ein Paar schwarze Damenhandschuhe, zwei verzierte Bilderrahmen, ein Inflationsgeldstück zu 200 M. enthielt.

**Unfall.** Am 16. ds. Mts. stieß eine Radfahrerin Ede Goethe- und Ullandstraße mit einem Personentransportwagen zusammen, wobei mehrere Kopf- und sonstige Verletzungen demontur, die ihre Aufnahme ins Krankenhaus notwendig machten.

#### Vorläufige Wettersvorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Freitag, 18. Febr.: Keine wesentliche Veränderung.

#### Wasserland des Rheins

Waldsbut 165, aef. 3; Schusterinsel 38, aef. 2; Rehl 164, aef. 2; Marau 321, aef. 8; Mannheim 199, aef. 2 3im.

#### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

**Sterbefälle.** Ferdinand Stig, 69 Jahre alt, Madtmeister a. D., Ehemann. Veronica Roth, 63 Jahre alt, ohne Beruf, ledig.

#### Veranstaltungen des heutigen Tages

**Bad. Landestheater:** „Der kleine Klaus“. Von 7.30—10 Uhr. **Städt. Konzertsaal (Bad. Theater):** Abends 8 Uhr: Vortrag des Riffonsen Vater Schumm: 20 Jahre unter Menschenfreieren. **Colosseum:** Gastspiel des Berliner Apollo-Theaters: Die bunte Tüte. Abends 8 Uhr. **Residenz-Theater:** „Ben Hur“. 3, 5, 7, 9 Uhr. **Palast-Theater:** „Bismarck“. 2 Teil. **Weltkino:** „Vollmond“. „Der Favorit“. „Liebe“. **Kammer-Theater:** Die Kleine vom Variete. — Bienen im Traud. — 4. Tangente Charlotte. **Atlantid-Theater:** „Pat und Patagon als Schwiegerjöhne“. „Das Blödsicht“.

#### Briefkasten der Expedition

**Sportfreunde Bruchsal.** 25 Plakate, wie gehabt, 12 M. 200. **Vordrucke für Wettspiele.** 15.50 M. 500 Vordrucke für Wettspiele 23 M.

**Bereinsanzeiger** 50 Pf. mehr Zeilen 20 Pfennig die Zeile. Vergünstigungen haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Geltung, oder werden zum Bestenwillenpreis berechnet.

**Karlsruhe.** Arbeiterpartei Groß-Karlsruhe. Technischer Auszub. Morgen Freitag abend 7 Uhr Sitzung im Lokal „Cambrinus-halle“.

**Durlach.** Arbeiterparteiverein e. B. Samstag, 19. Febr. abends 8 Uhr, im Klubhaus Monatsversammlung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

### Aus aller Welt

#### Ein Schloß in „Ritten verpakt“

Ein echt erzentrisches Stück leistet sich ein amerikanischer Milliardär laut Bericht des Pariser „Excelsior“. Ein Amerikaner hat das unter Ludwig XIII. erbaute Schloß Courcelles an der Straße Le Mans nach La Roche angekauft und läßt es augenblicklich abreißen, um die Steine und innere Einrichtung, sowie Holzwerkzeuge im Schloß und im Park in Ritten zu verpacken und nach New York zu verschicken. Das Gebäude wurde erbaut von dem damals berühmten Architekten Mansard und gehört zu den schönsten Bauwerken Frankreichs. Das Schloß soll in der Nähe von New York wieder errichtet werden und zwar genau mit der inneren und äußeren Ausstattung wie zur Zeit Ludwig XIII. Vergleichbar werden die Backsteinlagen angelegt. Augenscheinlich sind die Arbeiter mit der Verpackung und dem Versand der Holzstücke und Marmorarbeiten nach New York beschäftigt.

#### Mißglückter Bekehrungsveruch einer Braut

In der Nacht zum Dienstag suchten in Berlin eine Frau und zwei Männer vom Dach des Nachbarhauses in das Stadtvogtegefängnis zu gelangen. Eine Polizeistreife entdeckte jedoch die verdächtigen Gestalten und nahm sie fest. Das Verhör ergab, daß eine Gefangenenerkennung beabsichtigt war. Der Plan ging von der Frau aus und galt der Bekehrung ihres Bräutigams, der im Gefängnis saß. Die beiden Männer hatten sie gedungen. Alle drei waren mit Striden, Feilen und Stahlsägen ausgerüstet, hatten aber keine Stelle gefunden, von der aus sie sich auf das Dach des Gefängnisses herablassen konnten. Vergebens warlete daher der Bräutigam, der Weicheid suchte, auf die Befreier.

#### Eine ideale Gemeinde

Der Gemeinderat von Heitersberg in der Pfalz hat beschlossen, sämtliche Umlagen auf Grund-, Haus- und Gewerbesteuer für die Jahre 1924, 1925 und 1926 zurückzuerstatten. Außerdem beschloß der Gemeinderat, den vom Ort entfernenden Hausbesitzern elektrischen Strom und die Wasserleitung auf Kosten der Gemeindekasse anzulegen und einen Teil der Ortsstraßen zu kanalisieren. Heitersberg dürfte eine der reichsten Gemeinden Deutschlands sein. Ihr Reichtum rührt aus dem Besitz großer Gemeindegewaldungen inmitten des Pfälzer Waldes.

#### Elisabeth und ihre drei Bräutigams

In Ludwigs hatte sich ein Bankrottist mit einem 17-jährigen Mädchen, Elisabeth, verlobt. Nach einiger Zeit schickte ihm manches im Benehmen der Braut nicht ganz ge-

beuer zu sein. Also ließ er sie durch einen Detektiv beobachten. Das Ergebnis war die Feststellung, daß Elisabeth noch einen Ingenieur und einen Kaufmann zum Bräutigam hatte. Außerdem behauptete das polizeiliche Mädchen in den Abendstunden eine Näbikule. Bei deren Weiterin sprach der Bankrottist Bräutigam vor. Es wurde ihm reich zu den höchsten Geboten, daß er in der Näbikule die Bekanntheit junger Mädchen machen könne. Er schickte der Weiterin das Mädchen seiner Wahl und für den nächsten Tag wurde ein Rendezvous ausgemacht. Der Bräutigam setzte sich aber mit den beiden anderen Verlobten des Mädchens in Verbindung und alle drei erschienen in der Näbikule zum Stehdingen. Bei diesem Anblick ergriff Elisabeth die Flucht. Darauf ergriff sie das Selbstmord. Die drei Bräutigams gerieten aneinander in Jörn und beschimpften sich; sogar Ohrfeigen wurden ausgeteilt. Die Folge war ein Rattenkrieg von Verleumdungen, die jetzt vor einem Ludwigsgericht ausgetragen wurden.

#### Die Wirkung der Millionen

Meerane, 15. Febr. Das Dienstmädchen des Reichsmeisters B., das von ihrem in Amerika verstorbenen Vater fünf Millionen Dollar geerbt hat, erhält täglich eine Anzahl Betragsangebote, Gefährtsloforten, Unterhaltungsangebote ufm. Zur Regelung der Erbschaft, die zum Teil in Grundstücken besteht, will das Mädchen selbst nach Amerika fahren. Wie weiter gemeint wird, handelt es sich bei der alljährlichen Erbin um das Dienstmädchen Marie Draxdorf, 28 Jahre alt, in Leisig geboren. Sobald sich ihre Erbschaft herausfindet, fürchte natürlich alles auf sie ein, und Hochweise trafen namentlich in der letzten Zeit, nachdem die Meldung durch die Presse gegangen war, bei ihr Betrügereien und Betragsangebote ein. Ritterausbehalter, Mäioren!) und andere mehr oder minder hochgestellte Personen entbedeten plötzlich ihre Liebe zu dem ihnen bis dahin entweder gänzlich unbekannt oder jedenfalls unbedachten Mädchen. Den meisten Briefschreibern schien es allerdings doch wohl selbst zu dumm zu sein, dem Mädchen auf so kaltem Wege einen Betragsantrag zu machen. Sie beschränkten sich darauf, Geld von ihr für alle möglichen Zwecke zu erbitten. Bescheidene benötigten sich mit 5000 M., weniger Bescheidene benötigten 100 000 M. und dergleichen. Alle diese Briefe wanderten in den Den, und auch in Zukunft wird den noch kommenden Briefen kein anderes Schicksal beschieden sein. Infolge all dieser Zuschriften ist das Mädchen in den letzten Tagen ganz krank vor Aufregung geworden. Sie ist verlobt mit dem Maurer Josef Raff in Meerane, in der Kemnitzer Straße wohnhaft. Bis zur Auszahlung des Geldes will sie, wie schon mitgeteilt, noch in ihrer Stellung bleiben. Sie hat es hier sehr gut gehabt, und ihre Herrschaft lobt sie sehr als ein braves, gutes und fleißiges Mädchen. Die Herrschaft hat sich ihrer sehr angenommen, als

te vor etwa 5 Jahren von einem früheren Bräutigam freien gelassen worden war. Frä. Draxdorf war damals befristeter welle in ihrer Bergwerkstunde und hat wol auch mit Selbstmordgedanken gekämpft. Aber die Familie Bachmann, bei der sie jetzt wohnt, hat sie in Stellung ist, hat sie über die trübsten Stunden hinweggeholfen. Der ungetreue Bräutigam ist nach mangelnder Abenteuern vor einiger Zeit nach Meerane zurückgekehrt und wird jetzt wohl selbst sehr ein trübses Verhalten bedauern. Sedenfalls ist Marie Draxdorf entschlossen, ihren Maurer zu heiraten, der sie liebt, als sie noch ein armes Mädchen war. Frä. Draxdorf rechnet darauf, daß der erste Teil der Erbschaft im Juli d. J. ausbezahlt werden wird, entsprechend den Aufwendungen aus Amerika. Bis dahin will sie noch bei der Familie Bachmann bleiben und dann nach Empfang des Geldes ihren Bräutigam heiraten und sich das Leben, wie sie sagt, etwas gemütlicher machen.

#### Die Schmerzerbrechen in Preußen

Der preussische Innenminister hat dem Landtag eine Nachweisung über die seit dem 1. Mai 1925 auf preussischer Gebiet begangenen kriminellen Schmerzerbrechen überreicht. Dagegen sind in der Zeit vom 1. Mai bis zum 31. Dezember 1926 in den 35 Regierungsverwaltungsbereichen insgesamt verurteilt worden: Morde 610, Totschläge 438, Raubüberfälle 2819. Davon sind aufgeführt: 1922 Morde, 415 Totschläge, 1438 Raubüberfälle. In Prozenten beträgt die Aufklärungsrate der Morde 86, der Totschläge 95 und der Raubüberfälle 51; die Gesamtaufklärungsrate beträgt 77. In Berlin wurden verurteilt 106 Morde, 49 Totschläge, 514 Raubüberfälle. Die Gesamtaufklärungsrate beträgt hier 76 Proz. Von den 106 Morden waren 60 Mordverbrechen. An zweiter Stelle steht Düsseldorf mit 62 Morden, 63 Totschlägen und 414 Raubüberfällen. Es folgten Osnabrück mit 40 Morden, 63 Totschlägen und 414 Raubüberfällen. (Aufklärungsrate 74 Proz.) Schleswig 34 Morde, 20 Totschläge und 140 Raubüberfälle (71 Proz.); Arnsberg 33 Morde, 37 Totschläge und 227 Raubüberfälle (76 Proz.); Siedlitz 32 Morde, 11 Totschläge und 92 Raubüberfälle (74 Proz.); Magdeburg 29 Morde, 13 Totschläge, 51 Raubüberfälle (69 Proz.); Breslau 28 Morde, 14 Totschläge und 91 Raubüberfälle (75 Proz.); Potsdam 24 Morde, 18 Totschläge, 43 Raubüberfälle (78 Proz.); Köln 16 Morde, 14 Totschläge, 311 Raubüberfälle (75 Proz.). Für Königsberg lauten die Zahlen: 5 Morde, 10 Totschläge, 71 Raubüberfälle (86 Proz.); für Hannover 8 Morde, 1 Totschlag, 4 Raubüberfälle. Dagegen beträgt die Aufklärungsrate 100 Proz. Von allen 35 Regierungsverwaltungsbereichen hat nur Hannover die in dieser Nachweisung aufgeführten Schmerzerbrechen in allen Fällen aufgeklärt. Die aufgeschätzten Aufklärungsrate mit Ausnahme von Hannover beträgt 77 Morde, 4 Totschläge und 14 Raubüberfälle, aufgeführt 8 Morde, 3 Totschläge und 3 Raubüberfälle.

# Kaffee

ist ein Edelprodukt. Seine Gewinnung im Produktionslande vom Kaffeebaum, sodann sein Verwandlungsprozess bei uns durch das Röstverfahren sowie die Zubereitung für die gute Tasse erfordern besondere Fachkenntnisse und Erfahrungen.

## Hausfrauen

Vorstehendes ist sehr wichtig. Falsche Behandlung vermindert den Wert. Dieserhalb seien Sie besorgt, dass Sie auch den Richtigen treffen.

## Dorn's Kaffee

ist der preiswerteste auf dem Markt

Konsum	Pfund 2 80
Haushalt	Pfund 3 20
Spezial	Pfund 3 60
Karlsbader	Pfund 4 00
Orient	Pfund 4 40

Qualität, Preis und Röstung

*marken*

Nur in der Original-Packung erhältlich

Fritz Dorn, Kaffeegrossrösterei  
Freiburg i. Br.

## Spanische Weinhalle

## „Goldener Ochsen“

Während der

# Raffen Woche

von Donnerstag, 17., bis Donnerstag, 24. Febr., verbund mit

## Großer Preisabschlag

Mias

## KAMMER-LICHTSPIELE

Kaiserstraße 168 / Telefon 3053 / Haltestelle Hirschstraße

zeigt ab heute

das neueste und beste Ossi Oswald-Lustspiel

## Die Kleine vom Varieté

Georg Alexander und Ossi Oswald  
7 Akte voll Lachen und Humor 7 Akte

## Zigeuner im Frack

ein äußerst spannender Abenteuerfilm voll mystischer und okkulten Geschehnisse

Hierzu noch 1681

## 4. Tanzstunde Charleston

sowie die Neueste Emelka-Wochenschau

Beginn der Vorstellungen 3<sup>00</sup>, 5, 7 und 9 Uhr

Plakate aller Art liefert rasch und billig  
Verlagsdruckerei Volksfreund  
G. m. b. H., Karlsruhe, Luisenstraße 24



## Der elegante Herr



„Auf dem Ball“  
„In der Gesellschaft“

### Elegante Oberhemden

Ripsfalten mit Klappmanschette	3.90
Batist-Rayé in feinen Karos	7.50
Rayé-Travers in Fantasiefalten	9.50

### Elegante Trikoline-Hemden

Trikoline m. Seldensstreifen, 1 Kragen	8.50
Glatt Trikoline mit 2 Kragen	10.90
Fantasie-Trikoline m. vornehm. Effekten	13.50

Beachten Sie das Spezialfenster: Für Ball u. Gesellschaft!

### Elegante Kragen

„Smoking“ der vornehme Klappkragen	90. f
„Weser“ fesche Stehknospenform	95. f
„Derby“ apartester Abendkragen	1.20

### Elegante Abend-Binder

Schwarz Fond mit feinen Effekten	2.90
Grau Fond sehr elegante Dessins	3.90
Schwarz Damassé sparteNeuheit	4.50

### Elegante schwarze Krawatten

Schwarze fertige Formen Diplomates	1.20
Schwarze Smoking-Binder alle Formen	1.65
Schwarze breite Binder glatt Rips	1.90

### Elegante weiße Krawatten

Weiß fertige Formen Diplomates	60. f
Weiß Schleifenbinder	1.90
Weiß breite Binder	3.90

### Elegante Hosenträger

Gummiträger aparte Dessins	2.90
Feine Bandträger mit Ersatzteile	2.45
Seidene Bandträger sehr chic	3.50

### Elegante Herrenhüte

Weiche fesche Formen nur Modelfarben	5.90
Schwarze weiche Hüte sehr chic	6.50
Steife Herrenhüte d. Modelform	7.50

## WELTKINO

Kaiserstr. 132 Telephone 5448

Bis einschließlich Montag:

### Die große Sensation

## VOLLDAMPF

### Speed, der König der Sensationen

Sensations-Schauspiel in 8 Akten mit Charles Hutchinson, bekannt als „Wirbelwind“. Im „Wirbelwind“ hat Hutchinson schon allerhand geleistet. Was er aber in diesem Film vollbringt, ist tatsächlich noch nicht dagewesen

Im Volldampf jagt eine Sensation die andere — 8 lange Akte — 1680

Dazu: **Der Favorit „Liebe“**

Großer Sport-Sensationsfilm in 6 Akten

Nur Erstaufführungen

## „Zum Goldenen Faß“, Bielandstr. 18

Morgen Freitag Schlachttag

Anerkannt gute Wein-Sinner Tafelbier im Hausbier. Wilhelm Geuter.

## COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr

### Neuheit!

## Theater der frühlichen Menschen

## „Die bunte Tüte“

Ausstattungsstück in 16 Bildern. 50 Mitwirkende. 20 Girls

Klappwagen gut erhalten, für 18 Mark zu verkaufen  
Schützenstraße 42 IV. 1690

## Rohrstühle

wirden dauerhaft ge-  
flechten und repariert  
S. Reis, Luisenstr. 46 V  
Starke geradgt

## Sozialhilfliche Monatshilfe

Herausgeber  
Dr. J. Bloch

Monatlich 75 Pf.

Zu beziehen durch die

## Volksbuchhandlung

Karlsruhe  
Adlerstr. 43  
Telefon 3701

## Pfannkuch

Delikatess

## Sauer's Frau

Weingärung

12 Pf.

1686

Ont durchwachsen

## Bayerisches Rauchfleisch

1.75 Mark

Outföschende

## Hülsenfrüchte

Seller-Einsen

45 Pf.

54 Pf.

Erbisen

Bohnen

## Pfannkuch

## Karnevalgesellschaft Männergesangsverein Durlach

Sonntag, den 19. Februar 1927, 7 Uhr 01, in den festlich dekorierten Räumen des Galthauses zur „Strone“

## Großer Maskenball

unter Mitwirkung des Instrumental-Musikvereins, wozu wir unsere Mitglieder mit Familienangehörigen freundlichst einladen.

Karten hierzu werden vom Servisdiener überbracht u. können beim Präsidenten abgeholt werden  
Der Herrrat.

Sonntags: Montag, den 28. Februar 1927

## Grosse Damensitzung

Hierzu können Bittreden angemeldet werden und müssen dieselben bis längstens Montag, den 21. Februar beim Präsidenten angemeldet werden.

# Strumpf-Tage



## Die Würfel fallen aus

# 2.65

# Burchard's „Tramha“



## Der Strumpf für Frühjahr 1927

### Wachseide - die grosse Mode

Beachten Sie meine Auslagen

- Damenstrümpfe Seidenflor m. 6fach. 2.65  
Sohle, schwarz und farbig . . . Paar
- Damenstrümpfe mit Doppel-Ferse 35  
schwarz und farbig . . . . . Paar
- Damenstrümpfe mit Doppelsohle u. 60  
Hochterse, schwarz u. farbig . . . 95
- Damenstrümpfe Seidenflor mit 85  
Doppelsohle, farbig . . . . .
- Damenstrümpfe Waschseide mit 85  
Doppelsohle, schwarz und farbig . . .
- Damenstrümpfe Seidenflor, schwz. 1.55  
und farbig mit 4facher Sohle . Paar
- Damenstrümpfe Unterziehstrümpfe 1.50  
reine Wolle . . . . . Paar
- Damenstrümpfe Wolle plattiert 1.65  
schwarz . . . . . Paar

- Damenstrümpfe Wolle mit Seide, 3.90  
schwarz und farbig . . . . . Paar
- Damenfüßlinge schwarz mit verst. 95  
Ferse und Spitze . . . . . 4 Paar
- Herrensocken Baumwolle, uni . . . 35
- Herrensocken Baumwolle kariert 45  
75 55
- Herrensocken Baumwolle, uni, mit 55  
Doppelsohle . . . . .
- Herrensocken echt Macco, uni . . 70
- Herrensocken Seidenflor, uni . . . 95
- Herrensocken reine Wolle, grau, 95  
1x1 gestrickt . . . . .
- Herrensocken reine Wolle, kamel- 1.95  
haarfarbig . . . . .

Kinderstrümpfe	1x1 gestrickt, Baumwolle, schwarz und farbig																			
Gr.	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1									
Mk.	1.20	1.10	0.95	0.85	0.75	0.65	0.60	0.55	0.50	0.45	0.40									

Kinderstrümpfe	reine Wolle, 1x1 gestrickt, schwere würtbg. Ware, schwarz und leder																			
Gr.	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1									
Mk.	2.40	2.20	1.95	1.80	1.65	1.50	1.35	1.20	1.10	0.95	0.85									

# BURCHARD

## TAGE

Die von der Weissen Woche angesammelten

### Reste und Restbestände

In:  
Herrenkleiderstoffe / Damenkleiderstoffe  
Bettdamaste / weiß Halb- und Reinleine  
wß. Haustuch / wß. Crettone / Matratzen-  
drelle / Bettbarchente / Kopfkissen / Ober-  
betttücher / Jacquard- u. Kamelhaardecken  
**weit unter Preis**

Vordatierte Schecks der Beamtenbank werden in Zahlung genommen!

### Arthur Baer, Kaiserstr. 133

Eingang Kreuzstraße, gegenüber der kleinen Kirche  
Verkaufsräume nur 1 Treppe hoch

### Badische Lichtspiele

Sonderveranstaltung in Verbindung mit der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft, Karlsruhe.

Heute und Freitag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr

Nur zwei Vorträge Selbsterlebnisse des Missionars

### Pater Rich. Schumm M.S.C.

in der früheren deutschen Südee (Neupommern)

### Zwanzig Jahre unter Menichenfrellern

200 farbenprächtige Lichtbilder 1677

Kartenverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße  
Preise: Mk. 0.60, 1.20, 1.80 - Ermäßigungen wie üblich

**Badisches Landestheater**  
Donnerstag, 17. Febr.  
16  
(nicht Donnerstagsmiete)  
Uraufführung:  
**Der kleine Klaus**  
von Arthur Schnitzler.  
Musikalische Leitung: Josef Krüps. In Szene gesetzt von Otto Krauß.

Kleine Klaus . . . . .  
Große Klaus . . . . .  
Knecht . . . . .  
Händler . . . . .  
Seine Frau . . . . .  
Küster . . . . .  
Schultheiß . . . . .  
Schüler . . . . .  
Knecht . . . . .  
Grüßinger . . . . .

Anfang 7 1/2 Uhr.  
Ende 10 Uhr.  
I Sperrst. 7.- 90.

Fr. 18. Febr.: Die Dohle.  
Sa. 19. Febr.: Einen Tag will er fish machen.

Zurhaus selbständiger  
**Dampfturbinen-Monteur**  
221

für größere Reparaturarbeiten von Schiffsturbinen auf einige Monate von deutscher Fabrik in Rumänien gesucht.  
Angebote mit Lichtbild und Zeugnisabschriften unter G473 an Rudolf Mosse S.A., Bukarest, Calea Victoriei 81 (Rumänien).

Frische  
**SEE-FISCHE**

Eingetroffen: 1 Waggon

**Frischer Koblau**  
in bekanntester Qualität

Kopfl., im ganzen 27  
Fisch . . . . . Pfund 30  
im Anschnitt 30

**Frische Süßbücklinge**  
Pfund 28 1/2 1/2 Pfund 1.35  
Stücken

**Geräucherte Schellfische**  
Pfund 45

In unserer Spezialabteilung für

**Fische, Wild u. Geflügel**

Karl Friedrichstraße 3  
am Karlsruher Tel. 1676

Lebendfrische Hechte, Zander,  
Heibut, Schollen, Rotzungen.

Direkt aus Holland:  
Lebendfr. Schellfische und Koblau

Frisch gewässerte  
**Stöckfische** 30  
Pfund

Grüne Heringe 3 Pfund 50

Neu eröffnet:  
**113 Kaiserstraße 113**  
Ecke Adlerstraße Telefon 5558

Tüchtiger älterer  
**Elektro-Monteur**  
für sofort oder später gesucht.  
1679

**Jakob Leonhard**  
Karlsruhe  
Hauptstraße 90.

25 gut erhaltene  
**Wag-Anzüge**  
Mäntel, Ueberzieher  
von 10.4 an, sowie Hüte,  
Foppen n. w. sehr billig,  
Zähringerstr. 53 a II.

**Matratzen**  
Patent-Matratze, Divan,  
Châtelainnes, Schöner  
Stuhl- u. Divan, best.  
bügelt evtl. Jacht-Gelände.  
Schradorf, Karlstraße 88.

Abonniert die  
**Frauenwelt**  
durch die  
Vofsbuchhandlung  
43 Adlerstraße 43.

**Pfannkuch**